Nr. 226 Donnerstag, 28. September 1933 107. Jahrgang

Der Gesellschafter

Nationalsozialistische Tageszeitung

für Stadt und OA.-Bezirk Nagold

Alleiniges amtliches Anzeigeblatt

Bezugspreise: In der Stadt bezw. durch Agenten monatl. RM. 1.50, durch die Post monatl. RM. 1.40 zuzüglich 36 ₰ Zustellgebühr. Einzelnummer 10 ₰. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postscheck-Konto Stuttgart 5113

Mit den Beilagen: Der SA.-Mann Deutsche Frau — Sonntags- und Jugendbeilage — Bauernwacht — Bilderdienst

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold Fernsprecher SA. 429 — Marktstraße 14 Gegründet 1827

Anzeigenpreise: 1spaltige Borgis-Zeile oder deren Raum 20 ₰, Familien-Anzeigen 15 ₰, Reklamezeile 60 ₰, Sammel-Anzeigen 50% Aufschlag. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefon. Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Verantwortl. Hauptschriftleiter: Karl Overdyck; Chef vom Dienst: A. Gerlach; Lokales: Hermann Götz Verlag: Hochburg-Verlag G.m.b.H.; Druck: G. W. Zaiser (Inh. Karl Zaiser), sämtliche in Nagold

Fünfter Tag des Prozesses gegen die Reichstagsbrandstifter

van der Lubbe gesteht drei Brandstiftungen — Unerhörtes Benehmen des Angeklagten Dimitroff

Leipzig, 26. September.

Die heutige Verhandlung wird um ¾10 Uhr eröffnet.

Der Angeklagte Dimitroff erhebt sich und will eine Erklärung abgeben, worauf der Vorsitzende erwidert: Nein, jetzt noch nicht.

van der Lubbes geänderte Verantwortungsweise

Der Vorsitzende gibt dann folgende Erklärung ab:

Die Vernehmung des Angeklagten van der Lubbe, die heute im Vordergrund stehen soll, hat sich anders gestaltet, als die Voruntersuchung. Sie sich aus den Protokollen ergibt, die über seine früheren Aussagen geführt worden sind, hat er damals sehr präzise, deutlich und eindringlich gesprochen. Das ist heute anders geworden. Er gibt sich zurückhaltend, spricht undeutlich und gibt manchmal widerspruchsvolle Antworten. Der Senat hat daher beschlossen, zu den weiteren Vernehmungen, soweit sie den Angeklagten van der Lubbe betreffen, allerdings noch nicht heute, die vernehmenden Personen zuzuziehen. Als solche kämen in erster Linie in Frage der Untersuchungsrichter Reichsgerichtsrat Vogt und einige Kriminalbeamte, die für morgen geladen werden sollen. Die Vernehmung wird dann so erfolgen, daß der Angeklagte allerdings wieder gefragt wird, daß aber im Anschluß daran, soweit es notwendig ist, gleich die früher vernehmenden Beamten gehört werden. Es ist damit nicht gesagt, daß etwa die Aussagen des Angeklagten van der Lubbe bedeutungslos werden; durchaus nicht. Der Senat ist voll der Ansicht, daß der Angeklagte van der Lubbe alles versteht, was man sagt. Das hat die mehrtägige Beobachtung klar und deutlich gezeigt, daß er der Hauptverhandlung folgt und ferner, daß er die Antworten, die er gibt, im großen und ganzen im vollen Bewußtsein gibt. Gleichwohl scheint aber dem Senat für eine Feststellung des Tatbestandes die Aussage van der Lubbes in dieser Form nicht auszureichen. Infolgedessen werden wir heute nur die vier einzelnen Brände, zwei im Rathaus, einer im Schloß und einer im Wohlfahrtsamt Neukölln, verhandeln und dann die Verhandlung abbrechen, da die Umstellung des Verfahrens — denn um eine solche handelt es sich hierbei — auch noch gewisse Vorbereitungen notwendig macht.

Frechheiten Dimitroffs

Der Angeklagte Dimitroff erhebt sich und ruft: Ich möchte eine Erklärung abgeben, eine Berichtigung! — Vorsitzender: Das lehne ich ab. Sie sind nicht berechtigt, bei jeder denkbaren Gelegenheit Erklärungen abzugeben. Wann solche Erklärungen abzugeben sind, bestimmt die Prozeßordnung und bestimme im übrigen ich. — Angeklagter Dimitroff: Ich muß erklären, daß am Samstag den deutschen Zeitungen ... Vorsitzender unterbrechend: Halt, diese Erklärung lasse ich nicht zu. Heute wird die Vernehmung van der Lubbes durchgeführt. — Angeklagter Dimitroff: Ich stelle fest, daß ich nicht die Möglichkeit habe ... Vorsitzender: Sie haben nichts festzustellen. Sie haben sich mindestens an Ihren Verteidiger zu wenden. — Angeklagter Dimitroff schreit erregt: Ich verteidige mich selbst hier! — Der Vorsitzende ruft nunmehr in entschiedenem Tone den Angeklagten Dimitroff zur Ruhe und setzt dann die Vernehmung des Angeklagten van der Lubbe über die Vorbereitungen seiner Tat fort.

Der Brand im Wohlfahrtsamt Berlin-Neukölln

Zu van der Lubbe gewandt, sagt der Vorsitzende: Wir kommen jetzt zum Samstag, den 25. Februar. Bis zu diesem Tage waren Sie im Männerheim in der Alexandrinenstraße. Ist das richtig? Der Angeklagte van der Lubbe zögert bei dieser und bei allen folgenden Fragen des Vorsitzenden immer fast eine Minute, bis er eine einsilbige Antwort erteilt. Die Frage, ob er in der Nacht zum Samstag im Männerheim war, beantwortet er mit Ja. Vorsitzender: Wohin haben Sie sich am Samstag morgen begeben? — Angeklagter: Zentrum. — Vorsitzender: Sind Sie also ins Zentrum der Stadt gegangen und sind dabei auch am Rathaus und am Schloß vorbeigekommen? — Angeklagter: Ja! — Vorsitzender: Haben Sie damals schon die Absicht gehabt, Rathaus und Schloß anzustecken? — Angeklagter: Nein! — Vorsitzender: Wann ist Ihnen der Gedanke gekommen? — Angeklagter: Später! — Vorsitzender: Können Sie nicht sagen, wann Ihnen der Gedanke gekommen ist, die Brandstiftung auszuführen? — Angeklagter: Samstag! — Vorsitzender: Sie haben nachher Streichhölzer und Kohlenanzünder gekauft. Dessen erinnern Sie sich wohl noch? — Angeklagter: Ja!

Aus weiteren Fragen ergibt sich dann, daß der Angeklagte in Richtung Wohlfahrtsamt Neukölln am Mittelweg gegangen ist. Dieses Wohlfahrtsamt liegt ziemlich einsam und ist eine lange Holzbaracke. Als der Angeklagte zum Wohlfahrtsamt kam, war es noch hell, so daß er sich noch einmal entfernte, um gegen ½7 Uhr wiederzukommen.

Vorsitzender: Wie sind Sie in das Wohlfahrtsamt hineingekommen? — Angeklagter: Ich bin über die Latten gestiegen.

Der Vorsitzende stellt weiter durch Fragen, die der Angeklagte immer nur zögernd und einsilbig mit Ja beantwortet, folgenden Tatbestand fest: Der Angeklagte hat in ein offenstehendes Fenster ein halbes Paket brennender Kohlenanzünder hineingeworfen. Dieses Paket fiel an eine geschlossene Tür. Es hat dort eine Zeitlang weitergebrannt, auch die Tür angekohlt, ist dann aber ausgegangen. Van der Lubbe ist dann auf das Dach geklettert und hat dort ein weiteres Paket brennender Kohlenanzünder hingeworfen, obwohl auf dem Dach Schnee lag. Dann ist er wieder heruntergeklettert und hat brennende Kohlenanzünder in ein anderes Fenster hineingeworfen. Die Brandstiftung wurde dadurch entdeckt, daß der in der Nähe stehende Polizeioberwachtmeister Albrecht von einem Zivilisten auf die auf dem Dach brennenden Kohlenanzünder aufmerksam gemacht wurde. Albrecht hat dann mit anderen Zivilisten das Feuer gelöscht.

Die Brandlegung im Rathaus

Aus den weiteren Vorhalten des Vorsitzenden, auf die der Angeklagte nur zögernd antwortet, ergibt sich, daß der Angeklagte sich dann schnell entfernt, und mit der Untergrundbahn nach dem Alexanderplatz gefahren ist. Er ist dann um etwa 7.15 Uhr abends am Rathaus eingetroffen.

Vorsitzender: Das Rathaus hatten Sie sich wohl schon vorher am Tage angesehen? — Angeklagter: Ja! — Vorsitzender: Und da hatten Sie gesehen, daß in einem Kellerraum ein Fenster offen stand? — Angeklagter: Ja!

Auf die Frage des Vorsitzenden, was er nun an dem offenstehenden Kellerfenster in der Rathausstraße gemacht habe, erwidert der Angeklagte: Ein Brandpaket hineingeworfen.

Der Vorsitzende verliest aus der Anklageschrift, daß dieser Brand sich etwas intensiver entwickelt hat als der im Wohlfahrtsamt.

Der Vorsitzende stellt zu dieser Brandstiftung abschließend fest, daß das Feuer, wenn es nicht rechtzeitig gelöscht worden wäre, leicht einen großen Umfang hätte annehmen können. Van der Lubbes Verteidiger, Dr. Seuffert, fragt den Angeklagten, ob er denn erkannt habe, daß die hinter dem Fenster gelegenen Räume als Wohnräume dienten. Der Angeklagte bejaht diese Frage.

Der Vorsitzende bespricht nun mit dem Angeklagten die dritte Brandstiftung, die dieser an demselben Samstag, den 25. Febr., verübt hat.

Die Brandstiftung im Berliner Schloß

Van der Lubbe ist vom Rathaus zum Schloß gegangen. Dort war vor dem großen Eosanderportal an der Westfront ein Baugerüst aufgestellt. An der Gerüstleiter ist der Angeklagte zum Dach hinaufgeklettert und hat in ein offenstehendes Doppelfenster ein halbes Paket brennender Kohlenanzünder mit dem Erfolg geworfen, daß das Fensterkreuz Feuer fing und die Stube verqualmt wurde.

Dann sah van der Lubbe in einer Mauernische ein Laubengerüst, an dem im Sommer Grünpflanzen emporkletterten. Lubbe versuchte, die Gerüststange der Laube in Brand zu setzen, zunächst mit Kohlenanzündern, dann mit Streichhölzern. Er hatte einige der Stangen verbrannt, einige waren auch angekohlt, doch der starke Wind auf dem Dach hatte sehr bald das Feuer gelöscht.

Auf die Frage des Vorsitzenden, was er mit den Brandstiftungen erreichen wollte, antwortete van der Lubbe, daß er das zu jener Zeit selbst nicht gewußt habe.

Der Vorsitzende weist in diesem Zusammenhang auf die Aussagen des Zeugen Heisig und auf die Gespräche hin, die van der Lubbe vor dem Wohlfahrtsamt geführt habe. Es handle sich durchweg um Aeußerungen, die meist ausklingen in die Schlagworte: es müsse Revolution gemacht werden, es sei noch nicht zu spät dazu. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob dies die Absicht bei den Brandstiftungen gewesen sei, antwortet der Angeklagte mit nein.

Vorsitzender: Sie haben aber doch erst gesagt, die Arbeiter sollten aufgerüttelt werden. Wodurch sollten sie denn aufgerüttelt werden? — Angeklagter: Kann ich nicht sagen!

Das politische Bekenntnis van der Lubbes

Vorsitzender: Bei dieser Gelegenheit möchte ich dem Angeklagten einmal seine politische Einstellung vorhalten, wie er sie vor dem Untersuchungsrichter am 23. April geäußert hat. Auf die Frage, wogegen er protestieren wollte, hat der Angeklagte damals folgendes ausgeführt:

Ich wollte protestieren gegen das System, das heute von den Nationalsozialisten ausgeübt wird, man kann auch besser sagen, gegen das kapitalistische System. Unter kapitalistischem System verstehe ich den ganzen heutigen gesellschaftlichen Aufbau. Was ich für einen Aufbau haben will, kann ich nicht sehen. Ich sehe in dem gesellschaftlichen Streben Kräfte, die einen neuen Aufbau bestimmen werden. Die neuen Kräfte, die ich in dem Klassenauftreten des Proletariats sehe, will ich unterstützen. Ich will damit sagen, daß es sich um völlig neue Rechte handelt, die darin bestehen, daß Gruppen des Proletariats, bloßgelegt vom Kapitalismus, selbständig auftreten. Ich unterstütze diese Kräfte, wo sie zum Ausdruck kommen. Was sie dann machen sollen, das bestimmen diese Kräfte selbst. In dem Moment, wo ich mich beteilige, weiß ich auch, was das für Kräfte sind. Das heutige kapitalistische System will ich beseitigen dadurch, daß die Klassenkräfte des Proletariats total zum Ausdruck gebracht werden. Die Ueberwindung und Vernichtung des Kapitalismus kann nicht geschehen durch den Stimmzettel.

Sie kann nur geschehen durch das tatkräftige Auftreten der werktätigen Klasse. Das ist natürlich die Revolution. Um zu einer Revolution zu kommen, ist Fortentwickelung not. Fortentwickelt werden muß das selbständige Auftreten, das man schon in den letzten Jahren bei einzelnen Gruppen der Arbeiter im Klassenkampf gesehen hat. Unter Revolution verstehe ich die Beseitigung des kapitalistischen Systems durch gewaltsamen Uebergang zum proletarischen System. Die Anzündung des Wohlfahrts-Amtes war eine kleine Strömung in dem großen Strom der großen Revolution. Meine Handlung, so hat van der Lubbe gesagt, war lediglich Mitarbeit. Meine Handlung kann die Entwickelung der Revolution nicht bestimmen.

Danach tritt eine kurze Pause ein.

Hartnäckiges Schweigen van der Lubbes

Nach Wiedereröffnung der Sitzung fragt der Vorsitzende den Angeklagten: Sie haben uns die Brände heute klarer geschildert als an den vorhergehenden Verhandlungstagen. Sind Sie bei den Brandstiftungen im Wohlfahrtsamt, im Rathaus und im Schloß allein gewesen. — Angeklagter: Ja. — Vorsitzender: Sie sagten schon anfangs, Sie hätten diese Brandstiftungen aus sich heraus unternommen. Nun habe ich einige Umstände vorgetragen, die auf Ihre politische Einstellung Bezug haben. Wollen Sie sich auslassen zu dem, was ich eben als Ihre Ansicht vorgetragen habe? Der Angeklagte van der Lubbe hält den Kopf tief gebeugt und schweigt auch auf weitere Fragen des Vorsitzenden.

Der Vorsitzende fragt den Sachverständigen Medizinalrat Schütz, wie man den Angeklagten zur Beantwortung der Frage bringen könne. Medizinalrat Schütz erklärt, die einzige Möglichkeit sei, zuzureden. Wenn er dann immer noch nicht antworte, dann wolle er nicht antworten.

Medizinalrat Schütz wird als Zeuge und Sachverständiger vereidigt und äußert sich über seine Beobachtungen des Angeklagten. Er sei der Ueberzeugung, daß van der Lubbe sehr wohl der Verhandlung folgen und auch sehr wohl auf die Fragen antworten könnte, wenn er das wolle. Er halte das ganze Verhalten van der Lubbes für eine ganz typische und zielbewußte Verteidigungshaltung. Van der Lubbe wolle also nicht antworten, weil er dies für das beste halte und weiche bewußt den Fragen aus.

Auf wiederholtes Fragen des Vorsitzenden schweigt van der Lubbe weiterhin hartnäckig und ändert seine Haltung nicht.

Vorsitzender: Dann können wir also nichts machen. Wir müssen diese Auslassungen durch Vernehmung namentlich des Untersuchungsrichters und durch Verlesungen feststellen. Endgültig können diese Fragen ja erst geklärt werden, wenn der Reichstagsbrand selbst verhandelt wird. Ich möchte nur vorwegnehmen, was sich auf diesen Brand speziell bezieht. So hat der Angeklagte gesagt, als er gefragt wurde, weshalb er gerade das Wohlfahrtsamt angesteckt hätte, man könnte, wenn man eine so große Sache vorhabe und sein Ziel erreichen wolle, nicht darauf Rücksicht nehmen, daß Schaden entstehe. Daß van der Lubbe sich gerade die öffentlichen Gebäude zur Brandstiftung ausgesucht hat, hat er in der Voruntersuchung damit erklärt, daß er ja das gegenwärtige System bekämpfe und darum sich an die Gebäude halten wollte, die zu diesem eben gehörten.

Auf Anweisung des Vorsitzenden gibt der bulgarische Dolmetscher dann den bulgarischen Angeklagten eine kurze Darstellung der Vernehmung van der Lubbes. Popoff erklärt, er habe aus den Aussagen van der Lubbes nicht entnommen, daß er an der Brandstiftung beteiligt sein soll. Vorsitzender: Die Beteiligung an diesen drei Brandstiftungen wird Popoff auch nicht zur Last gelegt. Auch der Angeklagte Taneff erklärt, die Brandstiftungen seien eine persönliche Angelegenheit van der Lubbes, mit der er nichts zu tun habe.

Der Angeklagte van der Lubbe ist inzwischen auf seinem Sitz immer weiter in sich zusammengesunken. Sein Kopf ruht tief gebeugt auf seiner Brust.

Dimitroff treibt Mißbrauch mit dem Fragerecht

Der Angeklagte Dimitroff erklärt: Wenn van der Lubbe normal ist, wie die

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

sachverständigen Professoren das feststellen wollen, dann gibt es nach meiner Meinung nur eine einzige Hypothese . . . Der Vorsitzende unterbricht den Angeklagten und weist ihn darauf hin, daß er sich zu der Aeußerung van der Lubbes erklären solle. Der Angeklagte stellt dann folgende Fragen an van der Lubbe: Hat dieser Mann einmal in seinem Leben meinen Namen gehört? — Vorsitzender: Sie sollen sich auf die drei Einzelbrände beschränken. Sie sind in der Anklage nicht beschuldigt, daran beteiligt zu sein. Folglich gehört diese Frage nicht hierher und ich lehne sie ab. Dimitroff: Warum sagt van der Lubbe einmal ja, einmal nein, ein drittes Mal ja und nein? Vorsitzender: Ich lehne diese Frage ab. Der Vorsitzende richtet dann an van der Lubbe die Frage, warum er auf die Fragen über seine Angaben vor dem Untersuchungsrichter vorhin nicht geantwortet habe. Van der Lubbe schweigt auch weiterhin. Dimitroff: Ich habe eine zweite Frage: Hat van der Lubbe die Protokolle persönlich durchgelesen und unterschrieben? Vorsitzender: Diese Frage lehne ich ab. Dimitroff: Eine dritte Frage: Hat van der Lubbe mit jemandem persönlich über diese drei Brände gesprochen? Vorsitzender: Was soll diese Frage bezwecken? Dimitroff: Ob er mit jemandem Vereinbarungen darüber getroffen hat. Vorsitzender: Diese Frage lehne ich ab. Ich habe van der Lubbe wiederholt ausdrücklich gefragt, und er hat gleich darauf geantwortet, indem er sagte, er habe die Sache aus sich heraus gemacht. Dimitroff: Eine letzte Frage: Warum hat van der Lubbe dieses ungeheure Verbrechen gegen die Arbeiterklasse und gegen den Kommunismus begangen und mit wem? Vorsitzender: Diese beiden Fragen lehne ich auch ab. Ich lasse keine weiteren Fragen von Ihnen zu, weil ich der Ansicht bin, daß Sie nur Fragen stellen, die entweder schon beantwortet sind oder nicht zur Sache gehören. Dimitroff: Ich habe einen Vorschlag an Sie. Präsident Bünger: Der Senat zieht sich zurück und beschließt, ob er Sie noch anhören will. Während der Senat den Saal verläßt, ruft Dimitroff noch: Ich habe einen Antrag zu stellen.

Nach kurzer Beratung verkündet der Vorsitzende folgenden Beschluß: „Der Senat hat beschlossen: Weitere Fragen des Angeklagten Dimitroff werden nicht zugelassen, weil Dimitroff mit dem Fragerecht Mißbrauch getrieben und die Fragen nur gestellt hat, um kommunistische Agitation zu treiben". Er fügt hinzu: Dimitroff, damit ist Schluß mit Ihnen und wenn Sie Anträge zu stellen haben, so wenden Sie sich an Ihren Verteidiger! Dimitroff ruft: „Ich protestiere" und setzt sich dann.

Auf eine Frage des Verteidigers Dr. Sack erklärt der Vorsitzende, daß er beim Beginn der morgigen Verhandlung den Untersuchungsrichter als Zeugen vernehmen werde.

Die weitere Verhandlung wird dann auf Mittwoch vertagt.

6. Verhandlungstag

Die Spuren zu van der Lubbes Mittätern und Auftraggebern

Spannender Verhandlungstag

Leipzig, 27. Sept.

Wieder hat sich das zur Verhandlung im Reichstagsbrandstifterprozeß zugelassene Publikum teilweise schon anderthalb Stunden vor Beginn eingefunden und wartet geduldig vor dem Hauptportal, bis es gegen 9 Uhr in den Sitzungssaal hineingelassen wird.

Mit besonderer Spannung erwartet man die Auswirkungen der von Präsident Dr. Bünger angekündigten Umstellung im Verhandlungsverfahren, wonach mit van der Lubbe zugleich die Beamten gehört werden sollen, die im Voruntersuchungsverfahren van der Lubbe vernommen haben.

Ob heute bereits zur Erörterung des Reichstagsbrandes übergegangen werden kann, läßt sich zurzeit noch nicht sagen. Er wird jedoch wahrscheinlich im Mittelpunkt der Verhandlungen an den beiden folgenden Sitzungstagen, am Donnerstag und Freitag, stehen. Nur dann tritt mit Rücksicht auf den in Leipzig stattfindenden Deutschen Juristentag eine Unterbrechung des Reichstagsbrandstifterprozesses bis Dienstag nächster Woche einschließlich ein.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung weist Senatspräsident Dr. Bünger darauf hin, daß es sich nicht vermeiden lassen werde, die bisherigen Aussagen van der Lubbes auf Grund der jetzt geladenen Zeugen noch einmal wiederholen zu lassen. Der Vorsitzende richtet dann folgende Frage an den Angeklagten van der Lubbe: Wollen Sie nun heute lauter und deutlicher antworten als gestern? Der Angeklagte steht auf und erklärt nach längerem Zögern: Das ist möglich!

Vorsitzender: Wir haben in der Zeitung gelesen, daß einige Herren gestern Sie im Gefängnis aufgesucht haben und daß Sie mit Ihnen viel offener und bereitwilliger gesprochen haben und sich auch munterer gezeigt haben. Ist das richtig? — Van der Lubbe: Das kann ich nicht sagen!

Der Vorsitzende ruft dann Professor Soedermann-Stockholm auf, der tags zuvor den Angeklagten im Gefängnis in Begleitung eines holländischen Journalisten aufgesucht hatte.

Besuch in van der Lubbes Zelle

Professor Soedermann wird als Zeuge vereidigt und bekundet u. a.: Ich habe mich gestern nach dem Untersuchungsgefängnis zu van der Lubbe begeben, weil man in der Auslandspresse so viel geschrieben hat, daß van der Lubbe mißhandelt und gepeinigt werde, daß man ihm Morphium- oder Kokaineinspritzungen gegeben habe und daß darauf sein eigenartiges Verhalten im Gerichtssaal zurückzuführen sei. Ich habe den Angeklagten in seiner Zelle besucht und alles in bester Ordnung gefunden. Ich kann sagen, daß er besser behandelt wird als die übrigen Gefangenen, z. B. was das Essen betrifft. Van der Lubbe hat mich gleich bei seinem Eintritt gefragt: (Ich habe die Frage wörtlich aufgeschrieben): Warum machen Sie diese Untersuchung? Ich sagte ihm: „Weil man in der Auslandspresse sagt, daß Sie schlecht behandelt werden." Da hat van der Lubbe ein bißchen gelacht und mit dem Kopf geschüttelt. Er hat auf mein Verlangen den Oberkörper entblößt. Ich stellte fest, daß er zwar stark abgemagert ist, aber es waren nicht die geringsten Merkmale irgendeiner Mißhandlung zu sehen. Den Unterkörper zu entblößen, hatte er eine gewisse Scheu. Auf meine Frage sprach er den Wunsch aus, daß die übrigen Herren während dieser Untersuchung die Zelle verlassen möchten. Als das geschehen war, hat er auch den Unterkörper entblößt. Ich habe ihn untersucht und auch hierbei keinerlei Spuren gefunden. Ich fragte van der Lubbe: „Fühlen Sie sich körperlich wohl?" Er antwortete: „Ja wohl, ich fühle mich wohl". Ich sagte wieder: „Aber vielleicht fühlen Sie sich seelisch nicht wohl?" Darauf fragte van der Lubbe: „Was ist seelisch?" Ich sagte ihm „Das kommt von Seele". Da sagte er sehr deutlich: „Ich fühle mich auch seelisch wohl".

Vorsitzender: Er hat also bei Ihrem Eintritt nicht Ihre Frage abgewartet, sondern hat gleich interessiert Sie selbst gefragt, warum die Untersuchung vorgenommen wird? — Zeuge Soedermann: Jawohl! Ich hatte den Eindruck, daß ich stundenlang mit ihm hätte sprechen können und daß ich auch dann intelligente und logische Antworten bekommen würde. Mein Begleiter, der holländische Journalist Luger, hat auch mit ihm gesprochen und ebenfalls vernünftige Antworten bekommen. Van der Lubbe hat einen ungemein scheuen und schüchternen Eindruck gemacht. Meiner Ansicht nach wirkt der große Apparat dieser Reichsgerichtsverhandlung einschüchternd auf ihn.

Rechtsanwalt Dr. Sack: Können Sie uns sagen, ob folgende Gerüchte, die im Auslande verbreitet sind, auch nur in irgendeinem Punkte gerechtfertigt erscheinen können: Es wird behauptet, daß man an ihm mit langsam wirkenden Giften arbeite. — Zeuge: Ich habe ihn auch gefragt, ob er irgendwann oder irgendwo nach der Einnahme von Essen oder Getränken sich merkwürdig in irgendeiner Weise gefühlt habe. Er hat sehr präzise verneint.

Rechtsanwalt Dr. Sack: Es wird weiter behauptet, van der Lubbe zeige typische Anzeichen einer Rauschgiftbearbeitung? Haben Sie sich davon überzeugt, ob van der Lubbe an seinem Körper Injektionseinstichnarben zeigt? — Zeuge: Ich habe nichts dergleichen festgestellt.

Rechtsanwalt Dr. Sack: Es ist vielleicht der holländische Journalist mit Rücksicht auf die holländischen Gerichte noch zu hören. Dieser wird als Zeuge vernommen. Er heißt Johann Luger und ist Vertreter des „Telegraaf" in Amsterdam. Der Zeuge bestätigt, was schon Professor Soedermann gesagt hat. Er habe mit dem Angeklagten ein einfaches Gespräch geführt; es habe sich aber mehr um eine einsilbige Unterhaltung gehandelt. Van der Lubbe hat mit ja und nein geantwortet, nur etwas lebhafter als im Gericht. Im übrigen habe er auch im Gefängnishof den Kopf auf die Brust gebeugt gehalten.

Rechtsanwalt Dr. Sack: Haben Sie zufällig auch den Angeklagten Torgler gesehen und in welcher Verfassung? — Zeuge Luger: Ich sah zufällig, wie Torgler aus einem Zimmer kam und eine Zigarette rauchte.

Kriminalkommissare berichten über van der Lubbes erste Vernehmung

Die Vernehmung des Angeklagten van der Lubbe wird dann fortgesetzt. Zunächst wird Kriminalkommissar Hettig über die Aussagen gehört, die van der Lubbe früher über die Brände im Wohlfahrtsamt, Rathaus und Schloß gemacht hat. Der Zeuge schildert die erste Vernehmung am 27. Februar. Als van der Lubbe festgenommen war, wußte man zunächst nur, daß er als Brandstifter des Reichstages in Frage käme. Erst im Laufe der Vernehmung bezeichnete er sich als den Mann, der auch am Schloß, am Rathaus und Wohlfahrtsamt Brandstiftungen versucht hatte. Es sei ihm darauf angekommen, irgendein Gebäude zu zerstören, das der Allgemeinheit gehört. Er kam immer wieder darauf zurück, er habe etwas machen wollen, „um viele Leute anzulocken". Was er damit meinte, war zunächst noch nicht verständlich. Er sagte dann aber, daß er sich mit den Arbeitern über die Wirtschaftslage und über politische Dinge unterhalten habe. Lubbe erzählt ganz aus sich heraus, daß er die Brände am Schloß, am Rathaus und am Wohlfahrtsamt angelegt hatte.

Im Zusammenhang mit der Anzündung des Wohlfahrtsamts hat van der Lubbe gesagt, daß er sich ein Gebäude ausgesucht habe, das der Allgemeinheit gehört, da er nicht einen einzelnen schädigen wolle. Die Sache sollte für die Arbeiterschaft „Signal und Fanal" sein.

Oberreichsanwalt: Woran haben Sie van der Lubbe als Kommunisten erkannt?

Zeuge: Wir fühlten das aus seiner ganzen Darstellung der politischen Verhältnisse heraus, wenn er zum Beispiel von der Notwendigkeit der Errichtung einer Arbeiterregierung sprach und Tendenzen aufstellte, wie sie im Programm der KPD. zu finden waren.

Rechtsanwalt Dr. Sack fragt den Zeugen dann, ob er aus eigener Kenntnis sagen könne, ob der Angeklagte frei geschildert habe oder ob man Satz für Satz aus ihm herausziehen mußte. Der Zeuge erwidert: Auf keinen Fall das letztere. Er hat dauernd gesprochen. Man brauchte ihn eigentlich nur wenig zu fragen. Er sprach sogar so ausführlich, daß wir ihn unterbrechen mußten, um nicht mit ihm ins Uferlose zu kommen. Dr. Sack fragt weiter, wo sich van der Lubbe darüber geäußert habe, ob er einen Mittäter hatte. Der Zeuge erklärt, daß van der Lubbe hartnäckig dabei blieb, seine Taten allein gemacht zu haben. Auch nach der Gegenüberstellung der Angeklagten Torgler und van der Lubbe habe van der Lubbe erklärt, daß er den Mann nicht kenne. Der Zeuge Heisig erklärt weiter, Lubbe habe sich in gutem Deutsch bei seinen polizeilichen Vernehmungen geäußert und habe auch die deutschen Fragen offenbar ganz richtig verstanden. Die Protokolle habe er vor der Unterschrift gründlich geprüft und hier und da Korrekturen gewünscht.

Der nächste Zeuge, Kriminalkommissar Dr. Zirpens (Berlin), hat den Kriminalkommissar Heisig bei der ersten Vernehmung des van der Lubbe in der Nacht zum 28. Februar abgelöst. Er bekundet, van der Lubbe habe gesagt, daß er schon auf dem Wege zum Hermannplatz am Samstag auf den Gedanken gekommen sei, einen Brand anzulegen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob van der Lubbe sich bei den Vernehmungen anders verhalten habe als hier im Gerichtssaal, antwortet der Zeuge: Wenn man van der Lubbe als Hauptperson reden läßt, so wird er sehr gesprächig und findet kaum ein Ende.

Der Vorsitzende wendet sich lächelnd an den zusammengesunken dasitzenden Angeklagten van der Lubbe mit den Worten: van der Lubbe, Sie dürfen jetzt als Hauptperson reden. (Heiterkeit.) Van der Lubbe bleibt apathisch sitzen.

Der Zeuge Zirpens schildert dann die Brände im Rathaus und im Schloß in der aus den Akten bekannten Weise. Van der Lubbe habe von sich heraus erzählt, daß schon auf dem Wege zum Hermannplatz ihm der Gedanke gekommen sei, das Wohlfahrtsamt anzuzünden, daß er deshalb auch die Kohlenanzünder gekauft habe. Van der Lubbe verstand sehr gut deutsch. Sogar stilistische Feinheiten hat er verstanden und Sachen, die er nicht für richtig hielt, glatt abgelehnt.

Rechtsanwalt Dr. Sack verweist auf eine zusammenfassende Feststellung des Zeugen, wonach nach seiner Auffassung der Brand im Wohlfahrtsamt, im Rathaus und im Schloß von Lubbe ohne Zweifel allein verursacht worden ist. Er fragt den Zeugen, ob das auch heute noch seine Ansicht sei. Der Zeuge bestätigt das. Aus den vielen Unterhaltungen mit dem Angeklagten sei er aber zu dem Schluß gekommen, daß Pyromanie und Geltungssucht nur scheinbar für ihn bestimmend gewesen sein könnten. Jedenfalls steht im Vordergrunde bei seinen Taten das politische Moment.

Umsturzgespräche van der Lubbes mit Berliner Kommunisten

Der nächste Zeuge ist Kriminalassistent Marowski-Berlin. Er hat am 23. und 24. März van der Lubbe vernommen über das Gespräch, das der Angeklagte mit Neuköllner kommunistischen Arbeitern auf der Straße gehabt hat. Nach längerer Ueberlegung habe van der Lubbe erzählt, der Arbeiter Bienge habe gesagt, man müsse öffentliche Gebäude anzünden. Darauf habe er, van der Lubbe, gesagt: „So mufch' komme." Darauf habe ein anderer Gesprächsteilnehmer zu ihm gesagt: Der Junge ist richtig, den können wir gebrauchen. Später habe van der Lubbe seine Aeußerung: „So mufch' komme" abgestritten und noch später wieder zugegeben. Er habe in dieser Beziehung in seinen Angaben sehr geschwankt. Die Teilnehmer des Gesprächs seien ihm in Photographien gezeigt worden. Den Arbeiter Zachow habe er genau wiedererkannt, bei Bienge habe er für zweifelhaft erklärt, ob er dabei war. Als ihm das Bild von Löwe gezeigt wurde, habe er laut aufgelacht. Der Zeuge erklärt, er habe bei diesem Lachen nicht gewußt, ob er diesen Mann tatsächlich nicht kannte oder was das Lachen eigentlich bedeuten sollte. Ueber den Inhalt des Gesprächs habe van der Lubbe weiter zugegeben, daß er gesagt habe, „man muß was machen". Diese Bemerkung habe er auch bei der Vernehmung dahin erläutert, man müsse eine Revolution entfachen, um das Volk aufzurütteln. Bienge habe gesagt, man solle SA.-Leute mit Benzin übergießen und anzünden. Zachow habe gesagt, man müsse öffentliche Gebäude anstecken. Darauf habe van der Lubbe geantwortet: So mufch' komme. Er selbst habe aber nichts vom Gebäudeanzünden gesagt. Bei den ersten Vernehmungen habe van der Lubbe auf den Vorhalt, daß von Gebäudeanzünden gesprochen wurde, gesagt: „Es ist möglich".

Nach einer Pause wird die Vernehmung des Zeugen Marowski über die Vorgänge an dem Nachmittag nach dem Gespräch vor dem Wohlfahrtsamt fortgesetzt. Der Oberreichsanwalt erklärt, er entnehme aus den Aussagen des Zeugen, daß van der Lubbe belastende Angaben zunächst zugegeben und später teilweise oder ganz in Abrede gestellt habe. Er fragt, ob es sich dabei um eine Verteidigungsmaßnahme des Angeklagten gehandelt habe. Der Zeuge erwidert, daß van der Lubbe bei der ersten Vernehmung freiweg alles erzählt habe. Als er dann später merkte, worauf es ankam, hat er Einschränkungen gemacht und wurde sehr vorsichtig. Er halte das für eine bestimmte Taktik.

Der Angeklagte Dimitroff stellt nun eine Reihe von nicht zum Gegenstand gehörenden, aber provozierenden Fragen, bis der Vorsitzende erklärt: Ich lehne weitere Fragen von Ihnen ab. Ich habe mich eben davon überzeugt, daß Sie auch heute wieder mit dem Fragerecht Mißbrauch treiben. Ich schließe Sie heute aus von der weiteren Fragestellung gegenüber dieses Zeugen.

Angeklagter Torgler: Der Zeuge Marowski hat gesagt, daß van der Lubbe von der Absicht gesprochen habe, in der kommunistischen Versammlung im Sportpalast in der Diskussion zu sprechen. Es ist aber grundsätzlich verboten, daß ein Kommunist in den Versammlungen seiner eigenen Partei in der Diskussion das Wort ergreift. Ich möchte den Zeugen Marowski fragen, ob er nicht aus der Aeußerung van der Lubbes entnehmen mußte, daß van der Lubbe seine gegnerische Auffassung äußern wollte. Der Zeuge erwidert: Ich habe angenommen, daß er Kommunist ist, aber es nicht zugeben will. Ich habe über den Punkt, was er in der Versammlung sagen wollte, nicht mit ihm gesprochen.

Das Geheimnis der Mittäter van der Lubbes

Es folgt nunmehr die Vernehmung des Untersuchungsrichters Reichsgerichtsrat Vogt, der die ganze Voruntersuchung in der Reichstagsbrandsache geleitet hat. Der Untersuchungsrichter führt u. a. aus: Van der Lubbe hat während der Dauer der Voruntersuchung die Auskünfte gegeben, die ich von ihm gewünscht habe. Die Art, in der er zu sprechen pflegte, war so, daß er genau überlegte, was er sagte. Es dauerte manchmal etwas lange, ehe er mit der Antwort fertig war. Wir Kollegen haben uns wiederholt darüber ausgesprochen, daß van der Lubbe ein ganz eminentes Gedächtnis hatte für die verschiedenen Vorfälle in seinem Leben, wie man es selten findet. Im übrigen war es nicht leicht, van der Lubbe zu vernehmen. Wenn van der Lubbe jetzt in der Hauptverhandlung eine andere Einstellung zeigt als bei den Vernehmungen, so erkläre ich mir das so: Er ist ein Mensch, der sich aufbäumt, wenn man ihm einen Vorhalt macht, den er für unberechtigt hält oder wenn man ihm Fragen stellt, die nach seiner Meinung überflüssig sind. Die Schwierigkeiten bei der Vernehmung tauchten immer dann auf, wenn ich die Frage anschnitt, ob er denn wirklich alles allein gemacht habe.

van der Lubbes Aussagen vor dem Untersuchungsrichter

Der Untersuchungsrichter, Reichsgerichtsrat Vogt, schildert dann die Vernehmung van der Lubbes über den Reichstagsbrand. Bei der letzten Vernehmung, erklärt der Untersuchungsrichter, habe ich van der Lubbe eine große Zahl von Vorhalten gemacht. Ich habe ihm gesagt, die Auffassung der Sachverständigen gehe übereinstimmend dahin, daß es technisch einfach unmöglich sei, daß van der Lubbe den Brand allein gelegt habe und daß er so gelegt worden sei, wie er ihn geschildert habe. Ich habe ihm vorgehalten — und das war ihm besonders unangenehm — daß er den Versuch gemacht habe, die Portiere des Westeingangs des Plenarsaales unter Zuhilfenahme eines Kohlenanzünders in Brand zu setzen, und daß dieser Vorhang beim besten Willen nicht auf diese Weise anzuzünden gewesen sei. Van der Lubbe, so habe ich gesagt, aus all diesen Umständen geht doch hervor, daß Sie über die Beteiligung von anderen Personen am Reichstagsbrand die Unwahrheit sagen. Da hat van der Lubbe zunächst geantwortet: Ja, die Sachverständigen können das ja sagen. Ich bin der Meinung, es brennt doch. Ich erwiderte ihm: Sie können sich selbst überzeugen, daß der Vorhang nicht ohne weiteres brennt. Da stutzte van der Lubbe und sagte dann: Ja, dann bin ich vielleicht doch nicht dagewesen. Ich wies ihn

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

weiter darauf hin, daß der Vorhang aber gebrannt hat und zwar zu einer Zeit, als an dieser Stelle des Umganges überhaupt noch kein sonstiger Brand war. Der Vorhang könne also nicht irgendwie durch den an der Ostseite gelegten Brand entzündet worden sein. Darauf erwiderte van der Lubbe: Dann habe ich vielleicht doch den Versuch gemacht, ihn anzuzünden. Etwas Bestimmtes war aus ihm nicht herauszubekommen und ich könnte mir denken, daß diese meine ernsten Vorhalte den Anstoß dazu gegeben haben, daß er sich nun entschlossen hat, nichts mehr zu sagen, da das, was er sagen könnte ihm unter keinen Umständen geglaubt werden kann. Das ist meine Erklärung für sein jetziges Verhalten. Wenn er lacht oder so vor sich hin schmunzelt, dann lügt er. Wenn er aber laut lacht, dann hält er eine Frage so selbstverständlich, daß er sagen möchte: Weshalb fragst Du mich eigentlich noch einmal darüber.

Der Vorsitzende fragt weiter den Zeugen, ob der Angeklagte den Brandweg nicht immer gleich geschildert habe. Reichsgerichtsrat Vogt sagt: Es wird nicht möglich sein, ein klares Bild zu bekommen, wie er gelaufen sein will. Wenn man alle Protokolle zurückblättert, wird man feststellen, daß sie in wesentlichen Punkten voneinander abweichen. Ich habe den bestimmten Eindruck, daß er in dem Bestreben, alles allein gemacht zu haben wollen, immer dann, wenn er von einer neuen Brandstelle erfuhr sofort den Weg darzustellen suchte, den er gegangen ist. Ob er im einzelnen nicht mehr weiß, wie die Dinge waren oder ob er es nicht sagen will, dafür habe ich keine Unterlagen.

Ich muß da noch eine wichtige Tatsache hervorheben, die in den ersten Protokollen nicht zum Ausdruck kommt, daß nämlich van der Lubbe ganz offensichtlich auch unten in der Eingangshalle beim Portal II des Reichstages gewesen ist. Ich habe von dieser Tatsache rein zufällig bei der Vernehmung gehört und ihn danach gefragt, worauf er sagte, er erinnere sich, in einem Raum gewesen zu sein, in dem so große Figuren stehen, eine Art Museum oder Rüstkammer. In diesem Punkte hat er meiner Meinung nach die Wahrheit gesagt. In allen Punkten aber, wo es darauf ankam, festzustellen, daß noch andere Personen dabei waren, hat er die Unwahrheit gesagt. Wenn es dagegen darauf ankam, festzustellen, daß van der Lubbe der große Held sei, der etwas gemacht hat, dann sagte er die Wahrheit.

Der Zeuge bringt dann noch einen weiteren Vorgang zur Kenntnis. Van der Lubbe hat einmal folgende Aeußerung gestanden: „Ja, dann müssen die anderen sagen, was sie gemacht haben." Ich kann diese Aeußerung nicht ganz bestimmt hinstellen und habe sie auch nicht protokolliert.

Vorsitzender: Wir wollen jetzt noch nicht auf die eigentliche Brandstiftung kommen. Es handelt sich jetzt vorwiegend um die Angaben, die er über die Gespräche in der Nähe des Wohlfahrtsamtes gemacht. — Zeuge Reichsgerichtsrat Vogt: Bei der ersten Vernehmung über diesen Punkt hat der Angeklagte van der Lubbe alles abgeleugnet und nur zugegeben, daß er nur hergekommen sei, um die Verhältnisse in Deutschland zu beobachten und daß er der Meinung gewesen sei, daß die deutsche Arbeiterschaft dem Nationalsozialismus und der neuen Richtung nicht genügend aktiv entgegentrete. Man müsse etwas tun, um eine Revolution zu entfachen. In den weiteren Vernehmungen hat er dann gesagt, die Revolution müsse herbeigeführt werden in der Form, daß man das kapitalistische System, das in Deutschland herrsche, beseitige. Er betonte, die Revolution könne nicht mit dem Stimmzettel, sondern nur mit Gewalt und nur durch ungesetzliche Aktionen herbeigeführt werden. Er hat alles bestritten, was die Brücke bilden könnte zur Zentrale der KPD. und hat deshalb verschwiegen oder bestritten, daß er vom Wohlfahrtsamt nicht allein gegangen sei, sondern von anderen mitgenommen worden sei.

Antwort auf Dimitroffs Frechheiten

Der Untersuchungsrichter gibt dann eine Erklärung ab, in der er sagt: Aus den Zeitungen habe ich entnommen, daß hier von Seiten der Bulgaren ein Angriff gegen die Untersuchungsmethoden und die Führung der Protokolle erhoben worden ist. Ich lege Gewicht darauf, zu erklären, daß ich nie etwas unternommen habe, was den Angeklagten schädlich sein könnte. Ich bin zu lange deutscher Richter, daß ich nicht meiner Pflicht bewußt wäre, alles zu beachten, was der Belastung, aber auch der Entlastung der Angeklagten dient. Die Protokolle sind von Lubbe unterschrieben und ich kann mir nicht denken, daß Lubbe oder die Bulgaren behaupten wollen, ich hätte etwas aufgenommen, was nicht von ihm selbst gesagt worden ist. Wenn Dimitroff hier eine derartige Erklärung abgegeben hat, dann muß ich leider feststellen, daß diese bewußt unwahr ist. Niemals hat Dimitroff in irgend einem Punkte die Unrichtigkeit eines Protokolls behauptet oder angeregt, das Protokoll zu ändern. Er hat bestimmt mehrmals erklärt, daß die Protokolle im wesentlichen richtig seien und daß er lediglich deshalb nicht unterschreibe, weil sie ihm nicht ausführlich genug seien und zur Mißdeutung Anlaß geben könnten. Er hat niemals den Wunsch geäußert, etwas Bestimmtes noch aufzunehmen. Ich finde es deshalb unerhört, wenn jetzt gegen die Untersuchungsbehörde der Vorwurf erhoben wird, als stimmten die Protokolle nicht.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob van der Lubbe freundlich war oder ob er auch Anlaß hatte, scharf vorzugehen, erwidert der Zeuge, er wisse aus Erfahrung, daß man einen Kommunisten niemals scharf anfassen dürfe. Lubbe sei freundlich und höflich gewesen.

Oberreichsanwalt: Ist Ihnen jemals aufgefallen, daß gegen van der Lubbe irgend etwas unternommen worden ist, was nicht in Ordnung war? Zeuge: Mir ist nichts darüber zu Ohren gekommen. Er selbst hat auch niemals eine Beschwerde darüber vorgebracht mit Ausnahme der Fesselung. Darüber habe er sich allerdings beklagt und ich habe ihm gesagt, daß ich, so leid es mir tue, auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen nicht anders handeln könne. Im übrigen erklärt der Zeuge noch über das Verhalten der Angeklagten, daß der Angeklagte Taneff einen Selbstmordversuch unternommen hat und daß der Angeklagte Dimitroff gegen ihn, den Untersuchungsrichter, persönlich vorgegangen sei. Er sei mit beiden Fäusten auf ihn zugesprungen und lediglich durch sein sehr energisches Entgegentreten habe er Dimitroff von Tätlichkeiten abhalten können.

Auf eine Frage des Rechtsanwaltes Sack über die Voruntersuchung gegen Torgler erklärt Zeuge Vogt, daß Torgler keine Schwierigkeiten gemacht hat und immer höflich und zuvorkommend gewesen ist. Ich muß aber mit aller Bestimmtheit erklären: Daß ich der Meinung sei, daß das, was Torgler mir erklärt hat, der Wahrheit entspreche, davon kann keine Rede sein.

Rechtsanwalt Dr. Sack: Haben Sie den Versuch gemacht, unter der Angabe, daß der Angeklagte Torgler bereits ein Geständnis abgelegt habe, den Angeklagten van der Lubbe zu veranlassen, seinerseits zu sagen, Torgler wäre mitschuldig am Reichstagsbrand? Zeuge Vogt (nach einigem Zögern): Ich glaubte eigentlich, daß mir eine derartige Frage erspart würde! Ich bin deutscher Richter, ich bin Reichsgerichtsrat und heiße außerdem Vogt, und ich glaube . . . Dr. Sack: Diese Frage geht zurück auf die Behauptung eines deutschen Anwaltes, Herr Reichsgerichtsrat, der als Verteidiger des Herrn Neumann im Tscheka-Prozeß mit Ihnen in Moabit Rücksprachen gehabt haben will. Im Auslande hat er jetzt die Behauptung aufgestellt. Und dieser Sache im deutschen Interesse nachzugehen halte ich für notwendig. Zeuge Vogt: Damit kein falsches Bild entsteht, erkläre ich mit aller Bestimmtheit, daß ich nie und nimmer irgend etwas getan habe, was sich mit der Ehre eines deutschen Richters nicht vertragen würde.

Dimitroff wird das Fragerecht entzogen

Der Vorsitzende läßt nun van der Lubbe vor den Richtertisch treten und fragt ihn, ob er zu der Vernehmung des Untersuchungsrichters irgend etwas zu erklären habe. Van der Lubbe hält zunächst beinahe eine Minute lang schweigend den Kopf gesenkt und sagt dann: „Nein." Angeklagter Dimitroff: Hat der Zeuge als Untersuchungsrichter am 1. April eine Mitteilung veröffentlichen lassen, in der behauptet wird, Dimitroff, Popoff und Taneff hätten in Verbindung mit van der Lubbe die Reichstagsbrandstiftung durchgeführt? Ich frage: Ja oder nein! (Bewegung und Heiterkeit im Zuhöreraum.) Vorsitzender: Dimitroff, wenn Ihre Tonart hier nicht anders wird — ich habe mit Ihnen Geduld genug gehabt —, so scheiden Sie einfach hier aus bei der Fragestellung. Zeuge Vogt: Es ist richtig, daß eine derartige Mitteilung in die Presse gegeben worden ist. Ich habe später Dimitroff gesagt, diese Mitteilung scheine mir falsch zu sein, er sei aber selbst schuld daran, denn er habe mich nie korrigiert, wenn ich bei der Erörterung des bulgarischen Aufstandes von 1923 auch die Kathedralensprengung damit in Verbindung brachte, während tatsächlich die Kathedralensprengung erst 1925 erfolgte. Dimitroff: Meine Frage ist ja vollkommen mißverstanden worden. Ich will damit beweisen, daß es eine tendenziöse Untersuchung war, eine Irreführung der öffentlichen Meinung. Bei diesen Worten unterbricht der Vorsitzende den Angeklagten Dimitroff und ruft ihm laut zu: Das dulde ich nicht länger, halten Sie den Mund. Zeuge Vogt: Es ist richtig, daß damals die Erklärung abgegeben worden ist von der Verbindung der drei Bulgaren mit dem Reichstagsbrandstifter van der Lubbe. Ich hatte nicht nur das Recht, diese Erklärung damals abzugeben, sondern diese Erklärung ist durch die weiteren Untersuchungen bestätigt worden. Auf die drei Bulgaren sind wir ja nur dadurch gekommen, weil ihre Beziehungen zu Lubbe festgestellt waren, sonst hätte man sie ja gar nicht festgenommen.

Die Auftritte mit dem Angeklagten Dimitroff setzen sich fort. Dimitroff wirft dem Untersuchungsrichter mit lauten Worten vor, daß seine Untersuchung unrichtig, tendenziös und brutal gewesen sei.

Der Vorsitzende greift energisch ein. Polizeibeamte nehmen den Angeklagten Dimitroff am Arm und ziehen ihn auf seinen Stuhl nieder. Der Senat verläßt den Saal. Dimitroff ergeht sich noch in Beschimpfungen.

Nach einer Pause erscheint der Senat wieder und der Vorsitzende verkündet den Beschluß, daß dem Angeklagten Dimitroff das Wort entzogen wird. Es wird ihm weiter mitgeteilt, daß er sofort abgeführt wird, wenn er noch ein Wort sagt.

Die Verhandlung wird darauf auf Donnerstag vertagt.

Am toten Punkt

Stockung in den Genfer Abrüstungsbesprechungen — Italien vermittelt

Berlin, 27. Sept. Die spärlichen Pressestimmen aus allen Lagern lassen erkennen, daß in den Verhandlungen über das wichtigste, wenngleich noch immer inoffizielle Thema Genfs, die Abrüstungsfrage, eine Pause eingetreten ist. Nach wie vor bemühen sich besonders die Italiener in loyaler Weise um eine positive Inangriffnahme der Erörterungen. Wenn bei dem augenblicklichen Stand der Dinge hie und da von gewissen Seiten der Gedanke lanciert wird, es sei nun an Deutschland, mit Gegenvorschlägen hervorzutreten, so ist dazu zu sagen, daß eine solche Notwendigkeit nicht gegeben ist. Für Deutschland ist und bleibt die Basis aller Abrüstungsbesprechungen der Macdonald-Plan; insoweit Abänderungsvorschläge zu dem gemacht werden, gehen sie von anderer Seite aus, deren Aufgabe es dann auch sein muß, aus dem Stadium unverbindlicher Vorbesprechungen in einen ernsthaften und konkrete Erörterung überzuleiten.

Die Pause in Genf wird von allen Staatsmännern dazu benutzt, durch zwei und mehrseitige Aussprachen bestimmte Einzelprobleme zu fördern. Der Besuch des polnischen Außenministers Beck bei den deutschen Vertretern galt den deutsch-polnischen Beziehungen und war von dem entschlossenen Willen getragen, eine Klärung aller etwa noch bestehenden Streitfragen herbeizuführen. Dabei hat sich die psychologische Entspannung als Folge der Vereinigung des Danzig-polnischen Verhältnisses als wertvolles Aktivum erwiesen.

Bezeichnend für die Stagnation in Genf ist die Tatsache, daß es Dienstag nicht möglich war, einen Redner für die politische Aussprache zu gewinnen. Es hat fast den Anschein, als warte man die Ankunft Benesch's ab, der sich immer als besonders rühriger Völkerbundspolitiker gezeigt hat, diesmal aber durch seine Anwesenheit bei der Konferenz der Kleinen Entente in Sinaya eine gewisse Verstimmung gegen die Genfer Institution zur Schau getragen hat.

Das Intrigenspiel, das in gewohnter Weise seinen Gang nimmt, fand deutlichen Ausdruck in der überraschenden Wahl des Südafrikaners te Water zum Präsidenten der Versammlung. Dabei scheint der Gedanke vorgeherrscht zu haben, bei der am Montag stattfindenden Wahl der drei nichtständigen Ratsmitglieder den Ring der britischen Dominion zu sprengen. An Stelle des turnusmäßig ausscheidenden Irlands wäre an sich Australien am Zuge gewesen, was bestimmte Gruppen durch die Präsidentenwahl zu verhindern bestrebt sind. Die von dem zum Studium der Ratsreform eingesetzten Ausschuß vorgeschlagene Erhöhung der Zahl der Ratssitze um einen zeigt, daß offenbar allgemein irgendwelche wirksamen Initiativen nicht mehr von der Versammlung, sondern nur noch vom Rat erwartet werden und ist damit ein neuer Beweis für bestimmte Verfallserscheinungen des Genfer Bundes, der, wie auch die gegenwärtige Pause deutlich erkennen läßt, mit dem Schicksal der Abrüstungskonferenz steht und fällt.

Französische Blätterstimmen

Paris, 27. Sept. In den Meldungen der Pariser Presse aus Genf wird vor allem davon gesprochen, daß die Italiener mehr und mehr die Rolle des Vermittlers übernehmen.

„Petit Parisien" schreibt, man könne zwar nicht von einem italienischen Plan Suvichs sprechen, jedoch fänden Sondierungen statt, um zu versuchen, dem Kontrollsystem sein starres Gepräge zu nehmen, die Bewährungsfrist abzukürzen und die Vernichtung von Kriegsmaterial zu beschleunigen. Die Sondierungen hätten bei Franzosen und Engländern keine günstige Aufnahme gefunden. Frankreich halte an dem Grundsatz fest, daß nicht aufgerüstet werden dürfe, und die Kontrolle wirksam bleiben müsse. „Matin" erklärt, gewiß sei eine große Annäherung zwischen der französischen und englischen These erzielt worden, man habe sich aber über die Ausführungsbestimmungen noch keineswegs geeinigt. Die Auffassung der englischen Regierung von der Kontrolle weiche sehr merklich von der französischen ab.

Amerika verzichtet nicht auf sein Flottenprogramm

Washington, 27. Sept. Die amerikanische Regierung teilte der englischen Regierung mit, sie werde ihr in Ausführung befindliches Flottenbauprogramm nicht verschieben, wie das in der letzten Woche in London angeregt worden sei.

Militärische Vereinbarungen der Kleinen Entente?

Paris, 27. Sept. Wie „Havas" aus Bukarest berichtet, laufen dort Gerüchte um, daß bei den Verhandlungen der Kleinen Entente die Möglichkeit von militärischen Vereinbarungen gegeben sei.

Möglicherweise — so meldet „Havas" weiter — stehe hierbei eine wichtige Entscheidung vor der Tür. Beispielsweise werde seit langem die Frage der Vereinheitlichung der Heere der Staaten der Kleinen Entente erörtert, und es wäre nicht ausgeschlossen, daß auf die politische Konferenz eine militärische Besprechung folgen würde.

Die Völkerbundsversammlung

Beginn der politischen Aussprache

Genf, 27. Sept. In der Völkerbundsversammlung begann am Mittwoch nachmittag die große politische Aussprache. Sie wurde vom englischen Außenminister Sir John Simon eröffnet. Als zweiter Redner sprach der österreichische Bundeskanzler Dollfuß.

Kanya bei Freiherrn von Neurath

Genf, 27. Sept. Der deutsche Reichsminister des Auswärtigen, Freiherr von Neurath, empfing am Mittwoch vormittag den ungarischen Außenminister Kanya. Wie verlautet, dürfte der ungarische Vertreter sich beim Reichsaußenminister über den Stand der Abrüstungsfrage unterrichtet haben.

Dr. Rauschnings Genfer Besprechungen

Genf, 27. Sept. Der Präsident der Freien Stadt Danzig Dr. Rauschning erstattete am Dienstag dem Generalsekretär des Völkerbundes Avenol einen Besuch und hatte mit ihm eine längere Unterredung. Bei dieser Gelegenheit unterrichtete er ihn über die Lage in Danzig und insbesondere über die Danziger Wünsche angesichts der bevorstehenden Neuwahl des Danziger Völkerbundskommissars. Ein Termin für diese Neuwahl ist noch nicht festgesetzt. Ebensowenig steht fest, wann der Völkerbundsrat von dem letzten Danzig-Polnischen Abkommen Kenntnis nehmen wird.

Lügen eines russischen Juden

Unnötige Aufregung der Schweizer Presse über angebliche Einmarschpläne Deutschlands

Frankfurt a. M., 27. Sept. In der ausländischen Presse wird die Behauptung aufgestellt, Deutschland habe einen Plan zum Einmarsch in die Schweiz vorbereitet. Man erfährt dazu aus unterrichteten Kreisen:

Leider setzt sich die Schweizer Presse mit diesem angeblichen Plan ernsthaft auseinander, ohne auf den ersten Blick die Bedeutungslosigkeit zu erkennen. Wie man weiß, zeichnet der Verfasser mit Augur und ist das übelberüchtigte Redaktionsmitglied der Londoner „Times", Herr Polliakoff. Dieser Herr Polliakoff ist ein in diplomatischen Dingen versierter Russe, der vor nicht allzulanger Zeit nach langem Bemühen die englische Staatsangehörigkeit erlangt hat, der aber schon vorher in den Redaktionsstab der „Times" aufgenommen worden war, obwohl dies von eingeweihten Engländern sehr lebhaft bedauert wurde. Dieser Mann ist nichts anderes, als ein notorischer Handlanger für politische Aktionen, die keineswegs englischen Ursprunges sind und die dem Geschmack der englischen Oeffentlichkeit widersprechen. Wir wären, wenn es gewünscht würde, in der Lage, in einem Einzelfall nachzuweisen, welches die Interessen und Methoden dieses Herrn sind. Wir glauben aber, daß dieser Hinweis genügen könnte, um die leider sehr stark betroffene öffentliche Meinung der Schweiz darüber aufzuklären, daß es sich bei dem Polliakoffschen Plan um eine Arbeit handelt, die man besser in den Papierkorb geworfen hätte.

Aussetzung der Betriebsrätewahlen bis Jahresschluß

Berlin, 27. Sept. Die Reichsregierung hat sich entschlossen, durch Gesetz vom 26. September 1933 das Recht der Landesregierungen, aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die Wahlen zu den gesetzlichen Betriebsvertretungen bis zum 30. September d. J. auszusetzen, bis zum Jahresschluß zu verlängern, um in einer Zeit, die durch den Kampf der Reichsregierung gegen die Arbeitslosigkeit besondere Anforderungen an alle Kräfte der Wirtschaft stellt, jede Beunruhigung dem Wirtschaftsleben fernzuhalten.

London, 27. Sept. Ein britisches Bombenflugzeug stürzte am Dienstag in Northumberland im dichten Nebel ab und ging in Flammen auf. Die beiden Insassen der Maschine verbrannten.

Berlin, 27. Sept. Im Dachstuhl der großen Oper entstand am Dienstag gegen Mitternacht ein Brand, der, ehe er größeren Umfang annahm, von dem wachhabenden Personal gelöscht werden konnte.

Berlin, 27. Sept. Für das Winterhilfswerk haben Reichswehr und Marine einen Betrag von 1 600 000 RM. zur Verfügung gestellt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Das Eintopfgericht

Berlin, 25. Sept. Am nächsten Sonntag, dem Deutschen Erntedanktag, wird in Stadt und Land zum erstenmal das Eintopfgericht auf den Tisch kommen. Was bezweckt das?

In erster Linie natürlich soll durch diese Maßnahme eine starke finanzielle Förderung des Kampfes gegen Hunger und Kälte erzielt werden, weil ja der durch das Eintopfgericht gegenüber anderen Sonntagsgerichten ersparte Betrag zusätzlich und restlos an das Winterhilfswerk abgeführt werden soll.

Zweitens aber ist es ein vom treu nationalsozialistischen Geist diktiertes Bekenntnis zur Volksgemeinschaft, zur Schicksalsverbundenheit mit unseren notleidenden Volksgenossen. Der bereits genannte Preis von 50 Pfennig ist als ein Höchstpreis anzusehen, der vor allen Dingen für die Gastwirtschaften Bedeutung besitzt. Es gibt zweifellos in der heutigen, durch 14jährige Mißwirtschaft verursachten Notzeit vielköpfige Familien, die mit einem weit geringeren Durchschnittsbetrag für jede Person ihren Mittagstisch bestreiten müssen. Einzelpersonen aber, die vorzugsweise in den Gasthäusern essen, werden für ihr Mittagessen im Durchschnitt weit mehr als 50 Pfennig ausgeben.

Es wird mit dem Eintopfgericht bezweckt, daß jeder Volksgenosse noch sparsamer lebt als an anderen Sonntagen, um den ersparten Betrag seinen hungernden Brüdern und Schwestern zur Verfügung zu stellen. Das ist Sozialismus der Tat im Kampf gegen Hunger und Kälte!

Die Deutschenverfolgung in Oesterreich

Haussuchungen bei der Alpine Montan-Gesellschaft

Wien, 26. Sept. In den Büroräumlichkeiten der Alpine Montan-Gesellschaft in Wien und in den Wohnungen von 21 Angestellten der Gesellschaft wurden auf Grund von Anzeigen Haussuchungen vorgenommen. Die Anzeigen erfolgten im Zusammenhang mit dem Kohlenarbeiterstreik in Steiermark. Die Erhebungen der Polizei in dieser Angelegenheit gehen weiter.

Verhaftungen wurden bisher nicht vorgenommen.

Hirtsiefer im Konzentrationslager

Essen, 26. Sept. Wie die „Nationalzeitung" meldet, ist der frühere Wohlfahrtsminister Hirtsiefer, der in die bekannte Korruptionsangelegenheit verwickelt ist, ins Konzentrationslager gebracht worden.

Keine Grenzverletzung bei Weil-Otterbach

Das Ergebnis der amtlichen Untersuchung

Lörrach, 26. Sept. Zu dem von der schweizerischen Presse groß aufgemachten „Grenzzwischenfall" bei Weil-Otterbach erfahren wir von zuständiger amtlicher Stelle, daß nach dem Ergebnis der genauen Untersuchungen eine Grenzverletzung in diesem Falle nicht vorliegt. Weder ein deutscher Beamter, noch ein uniformierter SA.-Mann hat die Grenze irgendwie überschritten. Die Grenze verläuft an dieser Stelle, die zugleich Straßenkreuzung ist, nicht quer zur Straße, sondern diagonal von einer Ecke zur anderen.

Ueberhaupt wäre nach Feststellung der deutschen Stellen der ganze Vorfall nicht entstanden, wenn nicht die in angetrunkenem Zustand befindlichen Freiburger Autofahrer eine drohende Haltung gegenüber dem Zollbeamten eingenommen hätten, als dieser wegen der kommunistischen Aufschriften auf den Wagen pflichtgemäß ihre Personalien feststellen wollte. Der Lärm, der entstand, veranlaßte einen in der Nähe wohnenden weiteren Zollbeamten zu dem Glauben, ein Kollege sei bedroht. Er rief die Gendarmerie herbei, worauf auch mehrere SA.-Leute hinzueilten, um den vermutlich bedrohten Beamten zu Hilfe zu kommen. Diese Leute waren aber weder bewaffnet, noch haben sie die Grenzlinie überschritten.

Das Ergebnis der Untersuchung wurde bereits an die zuständigen Berliner Stellen weitergeleitet.

Englische Presse gegen Einstein

London, 26. Sept. In einem Leitartikel kommt „Daily Mail" auf die von Professor Albert Einstein in der Alberthall geplante Vorlesung zu sprechen, die jetzt übrigens als unpolitisch angekündigt wird, und sagt, Einstein verdiene als Wissenschaftler größte Achtung, aber als Politiker und Publizist sei er in der Vergangenheit ziemlich unglücklich gewesen. Das Blatt warnt den Gelehrten davor, in England gegen das nationalsozialistische Regime zu agitieren. Daß Sir Austin Chamberlain auf der Versammlung in der Alberthall den Vorsitz führe, erscheine unerwünscht angesichts der Tatsache, daß es sich um einen ehemaligen Staatssekretär des Aeußeren handelt.

Großer Arbeitsbeschaffungsplan in Württemberg

Reichsstatthalter Murr führt den zweiten Großangriff auf die Arbeitslosigkeit

Erfahrungsgemäß ist mit Beginn des Herbstes und Winters mit einer saisonmäßigen Verschlechterung des Arbeitsmarktes zu rechnen. Schon lange ist es daher eine ernste Sorge der Regierung, ein erneutes Ansteigen der Arbeitslosigkeit möglichst zu verhindern.

Auf Veranlassung des Reichsstatthalters ist zunächst ein weitgehendes Arbeitsbeschaffungs-Programm für Württemberg ausgearbeitet worden. Der Reichsstatthalter hat selbst bereits bei sich einen Ausschuß aus führenden Vertretern von Industrie, Landwirtschaft und Arbeitnehmerschaft gebildet, um die früher von ihm im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsministerium angebahnte enge Verbindung mit der gesamten Wirtschaft zu gewährleisten. In diesem Ausschuß soll der Wirtschaft Gelegenheit gegeben werden, ihre Wünsche an den Reichsstatthalter heranzubringen. Der Reichsstatthalter andererseits beabsichtigt, seine Maßnahmen in diesem Ausschuß vorzubesprechen und durch ihn für tatkräftiges Eintreten auch seitens der Arbeitgeber Sorge zu tragen.

Auch wegen des Baues der Autostraße durch Württemberg hat der Reichsstatthalter persönlich bereits mit Generalinspekteur Todt Fühlung genommen. Die Verhandlungen hierüber werden intensiv weitergeführt. Die Ausarbeitung der notwendigen Baupläne, die in dem zerschnittenen württembergischen Gelände besonders schwierig ist, wird ebenfalls in die Wege geleitet werden. Der Zweck dieser Maßnahme ist, den Bau einer Autostraße in Württemberg so bald als möglich aus verkehrstechnischen und arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten in Angriff nehmen zu können.

Um jede Zersplitterung der Kräfte bei der Arbeitsschlacht zu vermeiden, ist fernerhin im Einvernehmen mit dem Reichsstatthalter die Zusammenlegung aller technischen Behörden zu einer organischen Einheit vorbereitet worden.

Mit der Arbeitsbeschaffung und den damit zusammenhängenden Fragen wird sich auch das Kabinett in seiner nächsten Sitzung zu beschäftigen haben.

Weitere 5 Millionen für öffentliche Arbeiten

Aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung hat der Kreditausschuß der Deutschen Rentenbankkreditanstalt in der vergangenen Woche Darlehen im Gesamtbetrage von rund 5 Millionen Mark für Flußregulierungen und Meliorationen zur Verfügung gestellt, davon rund 1,6 Millionen Reichsmark für die Provinz Pommern, in der ein umfangreiches Meliorations-Arbeitsprogramm durchgeführt wird. Darlehen von je rund 800 000 Mark erhielten die Emscher Genossenschaft Essen und der Lippe-Verband Dortmund zur Weiterführung ihrer hochwertigen Landeskulturarbeiten.

Eine weitere Bewilligung des Kreditausschusses stellt den Bau der Zillier-Bach-Talsperre bei Wernigerode sicher. Dieses Vorhaben erfordert einen Kostenaufwand von insgesamt rund 1½ Millionen Reichsmark. Ein Darlehen von über eine halbe Million Reichsmark wird zum Ausbau des Boberflusses in den Kreisen Brieg, Ramslau und Oppeln verwendet, ein Darlehn von über eine Viertel Million Reichsmark zum Bau eines Vorflutkanals von Schleuse Brieselang nach Zeestow im Kreise Osthavelland.

Weitere 47 Millionen für die Landwirtschaft

Auf Grund des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933 hat der Reichsarbeitsminister weitere 47 Millionen Reichsmark für Instandsetzungs- und Umbauarbeiten an Wohngebäuden und Wirtschaftsgebäuden landwirtschaftlicher Betriebe auf die Länder verteilt.

Das Reichsgesetz vom 1. Juni 1933 sieht insgesamt die Bewilligung von Arbeitsschatzanweisungen im Höchstbetrag von einer Milliarde Reichsmark zur Förderung der nationalen Arbeit vor. Unter dieser Milliarde ist ein Betrag von 100 Millionen Reichsmark zum Zweck der Instandsetzung von Wohngebäuden und Wirtschaftsgebäuden landwirtschaftlicher Betriebe, der Teilung von Wohnungen und Umbau von landwirtschaftlichen Räumlichkeiten bereitgestellt. Die Hälfte dieses Betrages war bereits während der Sommermonate zur Verteilung gebracht worden. Die Verteilung der Summen erfolgt jeweils nach einem bestimmten Schlüssel an die Länder; diese haben darauf die Stellen zu bestimmen, die für die Entgegennahme von Anträgen und für die Bewilligung von Zuschüssen zuständig sind.

Italien gegen Frankreichs Abrüstungssabotage

Sanktionen und einseitige Kontrolle werden abgelehnt

Berlin, 26. Sept. Der Beschluß der Völkerbundsversammlung, die dritte Kommission zur Behandlung der Abrüstungsfrage wie im Vorjahre nicht zu konstituieren, läßt alle Möglichkeiten zur Fortsetzung der nichtoffiziellen und informativen Besprechungen über dieses wichtigste Problem Genfs und der internationalen Politik offen. Die Beteiligung Italiens an den durch die Pariser und Londoner Vorbesprechungen aktivierten Abrüstungsunterredungen ist vielfach dahin mißdeutet worden, als habe sich Italien in eine Einheitsfront gegen Deutschland eingereiht.

Schon die Tatsache, daß die italienische Presse diesen ganz offenbar aus französischer Quelle stammenden Gerüchten gegenüber sich größte Zurückhaltung auferlegte, müßte als Beweis dafür gelten, daß eine solche Auslegung der italienischen Politik völlig verfehlt ist. Diese sieht ihr Ziel vielmehr darin, den Viermächtepakt in zweckmäßiger Weise in die Abrüstungsverhandlungen einzuschalten. Dieses auf den Grundsätzen der unbedingten Gleichberechtigung und der loyalen Zusammenarbeit aller Vertragspartner aufgebaute diplomatische Instrument hat sich, wie „Giornale d'Italia" mit Recht betont, in jeder Hinsicht als äußerst wertvoll erwiesen.

Die Abrüstung kann wirksam nur gefördert werden, wenn die juristisch anerkannte Gleichberechtigung Deutschlands durch effektive Beweise der Verständigungsbereitschaft der hochgerüsteten Staaten auch sachlich durchgeführt wird. In dem Bestreben, erneut um einen solchen tatsächlichen Beitrag zu der Idee des Weltfriedens herumzukommen, hat Frankreich die bisher geführten Besprechungen in dem Sinne aufgefaßt, daß eine Einheitsfront gegen Deutschland geschaffen werden müsse. Daß dies letztere nicht der Fall ist, ergibt sich aus der Haltung der übrigen Delegationen in Genf. Kann schon von irgendwelchen Sanktionen überhaupt keine Rede sein, so wird auch eine Kontrolle von den nichtfranzösischen Vertretern durchaus richtig und dem Sinn des Macdonaldplanes entsprechend nur für diskutabel gehalten, wenn zunächst ein kontrollierbarer Zustand geschaffen worden ist.

Auf dieser Basis hat Deutschland seinerzeit der Einrichtung einer internationalen Rüstungskontrolle zugestimmt. Wenn es unbeirrbar an dieser Auffassung festhält, so befindet es sich damit in erfreulicher Uebereinstimmung auch mit Italien, das die Kontrolle, wie „Giornale d'Italia" an gleicher Stelle betont, nur unter der Bedingung annimmt, daß sie für alle Länder in der gleichen Form und in der gleichen Funktion angewendet wird.

Die Völkerbundsversammlung

Konstituierung der Arbeitsausschüsse

Genf, 26. Sept. Die fünf Arbeitsausschüsse der Völkerbundsversammlung haben Dienstag vormittag konstituierende Sitzungen abgehalten. Dem politischen Ausschuß, in dem vor allem die Minderheitenfragen behandelt werden, gehören in der Hauptsache die Delegationsführer als Mitglieder an. Deutschland ist durch den Außenminister Freiherrn von Neurath sowie durch Reichsminister Dr. Goebbels vertreten. Das Präsidium der Konferenz trat um 12 Uhr zusammen, um den Gang der Arbeiten festzulegen.

Aussprache über deutsch-polnische Fragen

Die gestrigen Besprechungen der deutschen Reichsminister

Genf, 26. Sept. Dienstag fand zwischen dem polnischen Außenminister Oberst Beck und dem Reichsminister des Auswärtigen, Freiherrn von Neurath, sowie dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Goebbels eine Zusammenkunft statt, die Gelegenheit zu einer offenen Aussprache über die deutsch-polnischen Fragen bot.

Sodann hatten die beiden deutschen Reichsminister im Laufe des Nachmittags mit dem Chef des politischen Departements der schweizerischen Bundesregierung, Motta, eine Besprechung, in der ein freundschaftlicher Gedankenaustausch über allgemeinpolitische Fragen und über schwebende deutsch-schweizerische Angelegenheiten erfolgte.

Vor dem Wiedereintritt Argentiniens in den Völkerbund

Buenos Aires, 26. Sept. Der Senat hat die Vorlage betreffend den Wiedereintritt Argentiniens in den Völkerbund ratifiziert.

Das Ende einer Sensationsmeldung

London, 26. Sept. Von zuständiger Seite werden die Meldungen zweier Sonntagsblätter über das Erscheinen eines deutschen Dampfers bei den Herbstmanövern der britischen Flotte für unzutreffend erklärt. Die beiden Boulevardblätter, bei denen offenbar hinter dem Bedürfnis, Sensation zu machen, alle anderen Rücksichten zurücktreten, hatten in Fettsatz die Behauptung gebracht, ein deutscher Dampfer habe sich in unmittelbarer Nähe eines ferngesteuerten Zielschiffes aufgehalten und habe die Ergebnisse seiner Beobachtungen auf funkentelegraphischem Wege weitergeleitet. Die beiden Blätter wollten sogar wissen, daß es gelungen sei, einen solchen Funkspruch aufzufangen.

Gebt Land für neues deutsches Bauerntum!

Aufruf an den westfälischen Grundbesitz, die Kirchen und Klöster

Münster, 26. Sept. Der Landesobmann des Landesbauernstandes Westfalen, Albert Rost, erläßt einen Aufruf, in dem er zur freiwilligen Abgabe von Land für Siedlungszwecke, d. h. für Neubildung deutschen Bauerntums auffordert. Er appelliert an den westfälischen Großgrundbesitz, die Kirchen und die Klöster.

Auch wandte er sich an Volksgenossen, die große Landmengen besitzen, ohne sie selbst zu bewirtschaften. Es sei unsittlich, als Fabrikbesitzer, als Bankier oder Großkaufmann, der Bauernjugend das Recht auf die Heimatscholle streitig zu machen. Deshalb sei mit allem Nachdruck auch ganz besonders von den landbesitzenden Industrie- und Handelsgesellschaften, sowie von den Kommunen zu fordern, daß sie den alten deutschen Rechtsgrundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz", den der Führer wieder zur Richtschnur des sittlichen Handelns gemacht habe, durch freiwillige Abgabe von Siedlungsland baldigst Genüge leisten. Er erwartet zuversichtlich, daß Kirchen und Klöster durch großzügige Abgabe von Boden die seelische Not der westfälischen Landjugend beheben, und durch ein vorbildliches praktisches Christentum der Tat die Jugend zurückführen helfen zu Blut und Boden und zur Heimat.

Mißglückter Lieferstreik der polnischen Bauern

Warschau, 26. Sept. Der von der Radikalen Bauernpartei befürwortete Lebensmittellieferungsstreik der polnischen Städte scheint auch diesmal zu mißlingen. Wie aus den meisten polnischen Städten gemeldet wird, fahren die Bauern wie üblich auf den Markt. Nur in einigen südpolnischen Kreisen ist die Zufuhr auf die Hälfte gesunken, ohne daß es allerdings auch dort zur erhofften Preissteigerung gekommen wäre.

In der Neumark am Fuße der Hohen Tatra demonstrierten etwa 1000 Bauern gegen die Festnahme einiger Mitglieder der Bauernpartei. Hierbei kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei eine Person getötet und etwa ein Dutzend schwer verletzt wurden.

Vier Eisenbahnzüge vom Wirbelsturm vernichtet

Nach amtlichen Meldungen aus Tampico sind zwei Personenzüge und zwei Frachtzüge zwischen Cardenas und Tampico während des Wirbelsturms spurlos verschwunden.

Reichsinnenminister a. D. Dr. Bracht gestorben

Berlin, 26. Sept. Der frühere Reichsinnenminister Dr. Franz Bracht ist Dienstag morgen in seiner Berliner Wohnung nach langem Leiden gestorben.

Bracht wurde als Nachfolger Dr. Luthers Oberbürgermeister von Essen. 1932 wurde er Reichskommissar für das preußische Innenministerium, später Reichsinnenminister im Kabinett Schleicher.

Das millionste Exemplar von Hitlers „Mein Kampf"

München, 26. Sept. Wie der Zentralparteiverlag der NSDAP., Franz Eher Nachfolger in München mitteilt, wird am 2. Oktober ds. Js. das millionste Exemplar von Adolf Hitlers Buch „Mein Kampf" ausgeliefert werden. Selten hat ein politisches Werk eine derartig hohe Auflagenziffer allein in deutscher Sprache erreicht, ein Beweis dafür, wie sehr sich das deutsche Volk in die Darlegungen seines Führers vertieft hat.

Die englische und amerikanische Ausgabe des Buches „Mein Kampf" gelangt im Oktober in den betreffenden Staaten zur Ausgabe. Weitere Ausgaben in italienisch und dänisch sind in Vorbereitung.

*

Bremen, 26. Sept. Nach Mitteilungen von zuständiger Seite wird im Lahusen-Prozeß am Mittwoch wegen des Krankheitszustandes von Heinz Lahusen nur kurz formell verhandelt und die Verhandlung sodann weiter vertagt.

Innsbruck, 27. Sept. Auf der Brennerstraße bei Innsbruck überschlug sich ein Kraftwagen. Der Führer des Wagens, der Bezirkskommissär der Innsbrucker Polizei, Thugut, wurde als Leiche unter den Trümmern hervorgezogen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Ratschläge zur Herbstsaat

Nachdem die Niederschläge reichlicher eingetreten sind, wird bald mit der Saatbestellung zur Herbstsaat begonnen werden. Erste Bedingung für die Saat ist, daß nicht zu altes abgebautes Saatgut verwandt wird. Unter Abbau versteht man einmal das Kleinerwerden der Aehren, ferner das starke Nachlassen der Bestockung. Unsere Getreidesorten sind auf möglichst hohen Ertrag gezüchtet, was hauptsächlich dadurch erreicht wurde, daß immer Pflanzen mit großer Bestockung und entsprechend vollen Aehren ausgelesen wurden. Diese Eigenschaften verlieren sich wieder, wenn die Auslese unterbleibt, wie es bei Hauptanbau üblich ist, und ferner, wenn die Sorte an einen Standort kommt, der ihr nicht zusagt, oder wenn es an der Ernährung der Pflanze fehlt. Am meisten baut der Weizen ab, der schon nach 3—4 Jahren gewechselt werden sollte. Aber auch bei allen anderen Getreidearten ist ein Wechsel angebracht und lohnend. Rechnet man, daß eine Absaat nur 2—3 Mark mehr kostet, so genügt ein Mehrertrag von ½ bis 1 Zentner je Morgen um die Ausgabe wieder hereinzuholen. Die Mehrerträge sind aber durch Sortenerneuerung stets höher. Hand in Hand damit erhalte ich eine vollwertigere Frucht, da auch die Körnerbildung eine weitaus bessere ist. Dieser Saatgutwechsel muß gleichmäßig durchgeführt werden. Um nun den Wechsel möglichst billig zu gestalten legt die Landwirtschaftsschule alljährlich in den Gemeinden Saatgutäcker an. Auch in diesem Jahr war der Stand dieser recht gut, und können diese auf eine Prämierung durch die Landwirtschaftskammer rechnen. Es waren angebaut die Saatgutäcker in Haiterbach und Bösingen mit Albweizen, Wildberg mit Niedertraublinger, in Egenhausen, Effringen und Sulz mit Hafer in Emmingen und Rotfelden mit Franks- bezw. Ilsiagerste. Auch in diesem Jahr sollen wieder für die nächste Ernte Saatgutäcker angelegt werden und es ergeht die Aufforderung an jede Gemeinde, insbesondere an die Vorstände der Ortsbauernschaften, sich für die Anlage eines Saatgutackers einzusetzen. Der Saatgutwechsel ist die erste Voraussetzung für den rentablen Fruchtbau. An nächster Stelle kommt die Sortenfrage. Es ist aber viel richtiger, sich stets wieder neues Saatgut zu beschaffen, als sich darüber zu streiten, ob die oder jene Sorte geeigneter sei. Die Sortentage kann im Bezirk durch die von der Landwirtschaftsschule durchgeführten Versuche als gelöst betrachtet werden, sofern nicht wieder ganz neue Züchtungen auf den Markt kommen, die geprüft werden müssen. Grundsätzlich muß man unterscheiden, zwischen den anspruchsvollen Dickkopfsorten und den gezüchteten Landsorten. Die Dickkopfsorten bestechen durch den sehr hohen Ertrag, mit welchem sie im ersten Jahr die anderen Sorten übertreffen, aber sie verlangen auch einen guten Boden und gute Düngung. Ist der Boden weniger gut, so muß zu stark der Kunstdünger herangezogen werden, ohne daß der Unterschied ganz wettgemacht werden kann. Daher sollte man in kleinbäuerlichen Betrieben, welche mit der künstlichen Düngung nicht entsprechend Schritt halten können, sich mit weniger anspruchsvollen, aber sicheren Sorten zufrieden geben. Diese haben auch den Vorteil in schlechten Jahren noch volle Körner zu geben, während die Dickkopfsorten dann stark schrumpfen. Für Aecker in schlechterer Lage mit flacher Krumme haben wir als gute Sorte aufzuweisen: Jägers Albweizen, auch Hohenheimer Bastardweizen genannt, eine Kreuzung zwischen Weizen und Dinkel, die auch ein sehr gutes Mehl gibt. Ferner die altbekannte Siegerländer und der ihm nahe verwandte Mühlbachweizen. Letzterer wird nicht mehr züchterisch bearbeitet, verliert daher seine Bestockungsfähigkeit und kann nicht zum Anbau empfohlen werden. Er zeichnete sich durch ein volles Korn aus und besaß aber eine starke Lagerneigung, was beim Albweizen nicht der Fall ist. Für mittlere, aber schon etwas bessere Verhältnisse ist der Niedertraublinger Braunweizen — auch Trubilo genannt — geeignet. Auf flachgründigen Böden des vorderen Bezirks ist er öfters schon zu anspruchsvoll, im ganzen aber eine recht gute Sorte. Für ausschließlich gute Böden eignet sich der Mauerner Dickkopf, eine begrannte Sorte, die aber sich anpassungsfähig gezeigt hat, besonders in den feuchteren Lagen des hinteren Bezirks. Weiterhin ist geeignet Adlungs weißer Dickkopf, für beste Lagen, der im Gäu viel angebaute aber sehr anspruchsvolle Carstens Nr. V, der wegen seiner sehr starken Bestockung nur mit etwa 70 Pf. gesät werden sollte. In die feuchten Lagen des Schwarzwaldes dürfte diese Sorte nicht passen. — Auch der Roggen sollte öfters gewechselt werden, ist er doch ein Fremdbestäuber, der sich mit der Nachbarsorte gerne verkreuzt. Als Sorte kommt der altbekannte Lochows Petkuser und auch Kirsches Stahlroggen in Betracht. Es hat sich gezeigt, daß frische Absaaten weit weniger auswintern, als alte eigene Saaten, ob dies durch die Züchtung verursacht wird, oder eine Folge des Standortwechsels ist, kann noch nicht genau gesagt werden. Der Dinkel hat auch für den Schwarzwald noch Bedeutung, auf allen Aeckern in ungünstiger Lage, flachgründigen Böden und in feuchtem Klima zeichnet er sich vor dem Weizen durch größere Sicherheit aus. Wo die Bodenverhältnisse aber den Weizenbau zulassen, sollte zu diesem übergegangen werden, da der Ertrag ein besserer ist, fällt doch der Abgang durch das Gerben hier weg. Als beste Dinkelsorte kann Steiners roter Tiroler angesehen werden. Nur auf besseren Böden kann man den Hohenheimer Kolbendinkel anbauen. — Braucht man, da man gerade mit dem Saatgut gewechselt hat, kein neues zu beschaffen so ist für die Saat unbedingte Forderung, nur gutes und reines Saatgut zu säen. Hier wird sich die jetzt durch den Bezirk gehende Getreidereinigungsanlage der Landwirtschaftskammer außerordentlich nützlich erweisen, denn die Reinigung der Saatfrucht ließ bis jetzt zu wünschen übrig. Die Maschine wird zurzeit gut benützt und wird im Januar wieder zur Reinigung der Sommerfrucht eingesetzt worden. Für die Herbstsaat muß besonders dringend empfohlen werden, das Beizen nicht zu unterlassen. Gerade der heurige für das Getreide gute Jahrgang hat gezeigt, daß der Ruß in einigen sehr stark aufgetreten ist, wie ich das bei den Felderbegehungen nachweisen konnte, während in Gemeinden, wo gleichmäßig jedes Jahr gemeinschaftlich gebeizt wurde, der Ruß nicht aufgetreten ist. Der Ruß oder Brand kann durch das Wetter in seinem Auftreten sehr begünstigt werden, das ist richtig, aber er läßt sich auch vollständig ausrotten. Wo er noch stark vorhanden ist, wird man ihn aber erst nach 3—4 Jahren ausmerzen können, indem man die Beizvorschriften aufs peinlichste befolgt. Beizen muß mit Sorgfalt geschehen, sonst hat es keinen Wert. Welche Beizmittel sind nun die Besten? Auch darüber geht der Streit wie bei der Sortenfrage des Getreides. Zunächst haben wir noch die alte Formalinbeize; sie ist auch heute noch als sehr gut anzusprechen und ich empfehle sie besonders dort, wo noch stark Ruß auftrat, aber nur in Form der Tauchbeize mit Abschöpfen. Die sogenannte Sackbeize hat keinen durchschlagenden Erfolg. Gerade das Abschöpfen ist die Sicherheit der Naßbeize. Die Gemeinden tun gut daran, gemeinschaftliche Beizvorrichtungen einzurichten oder wenigstens die Formalinbeize an die Landwirte kostenlos abzugeben, wie das schon in einer Reihe von Gemeinden geschieht. Der Allgemeinnutzen ist weit größer, als die Kosten. Beizen muß ein jeder, auch derjenige, der meint, sein Getreide sei frei von Ruß gewesen, besonders aber der, der auf Lohndreschmaschinen dreschen läßt, da hier die größte Verbreitungsgefahr besteht. An Stelle der Formalinnaßbeize kann man auch die neueren Quecksilberbeizmittel wie Ceresan naß, Upulun, Germisan nehmen, denen mit Recht nachgesagt wird, daß sie die Keimfähigkeit fördern. In neuerer Zeit wird viel die Trockenbeize, welche zwar teurer ist, aber für denjenigen, der mit der Sämaschine sät, viele Vorteile bringt, verwendet. Die Trockenbeize ist für den Fortgeschrittenen Landwirt, der fast keinen Brand in seinem Getreide hat, ein sicher wirkendes Mittel, wer dagegen noch starken Brandbefall hat, soll zunächst bei der Naßbeize bleiben. Für die Verwendung der Trockenbeize sollte ein Apparat benutzt werden, der auch aus einem alten Faß selbst hergestellt werden kann, da das gewöhnliche Herumrühren mit der Hand ein ungenügendes Einstäuben zur Folge hat. Die bekanntesten Trockenbeizmittel sind Ceresan und Abavit. Dinkel sollte der Spelzen wegen vorzugsweise mit der Naßbeize behandelt werden. Auch Roggen muß gegen den Schneeschimmel gebeizt werden; hier eignet sich nicht die Formalinbeize, sondern nur Ceresan naß, Upulun, Germisan und Roggenfusariol, wenn man der Einfachheit halber nicht die Trockenbeize vorzieht. Nun zur Düngung. Es ist üblich, den Weizen nach Klee folgen zu lassen, oder ihm eine Stallmistdüngung zu geben. Klee wirkt vor allem als starke Stickstoffdüngung, hat aber Phosphorsäure und Kali verbraucht. Ich gebe daher keine Stickstoffdüngung mehr, sondern nur eine Thomasmehlgabe von 6 Pfd. und eine 40 % Kaligabe von 4 Pfund je Ar. Anstelle von Thomasmehl kann auch Superphosphat gegeben werden. Bei Stallmistdüngung brauch ich nur etwa die Hälfte bis zwei Drittel der genannten Gaben, werde aber im Frühjahr noch eine Zudüngung bis zu 2 Pfd. schwefelsauren Ammoniak oder Kalkstickstoff verabreichen. Roggen wird öfters auch im Stallmist gebaut, lagert dann oft aber gerne, wenn die Gabe etwas reichlich ist, da sein Nährstoffbedürfnis geringer ist, wie bei Weizen. Man gibt ihm im Herbst zur Stärkung des Halmes ohne Stallmist 6 Pfund Thomasmehl und 2½ Pfd. 40 % Kalisalz und im Frühjahr nach Bedarf bis zu 3 Pfd. schwefels. Ammoniak oder Kalkstickstoff. Mit Stallmist die Hälfte der angegebenen Menge.

Wer eine Sämaschine besitzt oder sich eine leihen kann, säe seine Herbstsaat mit dieser, aber nicht mit allen Scharen, sondern entferne so viele, daß die Saat auf 18—20 cm. breite Reihen zu stehen kommt. Dadurch erhalten die Pflanzen Licht, werden in ihren unteren Halmteilen gekräftigt und werden widerstandsfähig gegen Lagerung. Je besser das Feld ist, je mehr ich gedüngt habe, mit desto breiteren Reihen muß ich säen. Die Saatmenge je Morgen bleibt dabei gleich. Sie beträgt im vorderen Bezirk etwa 90 Pfund bis 1 Ztr. je Morgen, im hinteren Bezirk 1 Ztr. bis 1,10 Ztr. Die Maschine muß nach Abnahme der 2 oder 3 Säschare wieder frisch abgedreht werden, um die Saatmenge festzustellen. Zu dicke Saat besonders bei Handsaat, erzeugt schwache Halme, da diese sich nach dem Lichte zu abdrängen. Lagerung bedeutet aber einen sehr fühlbaren Minderertrag, der dazu meistens noch teuer durch einseitige Düngung erkauft ist. So muß daher das Bestreben der Landwirte sein, die Lagerung des Getreides zu verhindern. Sämaschine und richtige Volldüngung lassen das Ziel erreichen, wie es der durchschnittliche Stand der Saatgutäcker gezeigt hat.

V. Haecker, Oekonomierat.

Deutsche Obsternte

Die Wochenmärkte in den Städten werden in der nächsten Zeit zum großen Teil vom einheimischen Obst beliefert und beherrscht werden. Die deutsche Obsternte beginnt ... Für den Bauern bedeuten diese Wochen eine Zeit der seltenen laufenden Bargeldeinnahmen, wenn er versteht, sein Obst in ordentlicher Reife, Güte und Ansehnlichkeit feilzubieten. In zweierlei Formen spielt sich bei uns der Obstabsatz hauptsächlich ab, nämlich im Verkauf von Tafel- oder Kellerobst und im Verkauf von Mostobst, bzw. in dessen Verwertung.

Das Tafelobst findet dann befriedigte Käufer und guten Preis, wenn die Früchte gleichmäßig groß und möglichst frei von Druckstellen, Krankheiten u. dgl. sind. Gleich bei der Ernte des Obstes, also schon auf der Wiese, muß daher sortiert werden: alle irgendwie beschädigten Früchte kommen in besondere Körbe oder Säcke und nur die schönen Früchte werden für den Verkauf oder für die Einlagerung gesammelt. Auch nach der Größe wird sofort sortiert; die kleinen Früchte, auch von Tafelsorten, eignen sich besser zum Mosten als zum Verderben des Preises. Auf solche Weise geerntetes Tafelobst kann in Körben oder Kisten feilgehalten werden. Es erreicht wohl nicht die Aufmachung des deutschen Edelobstes, das nach Gewicht sortiert und einzeln verpackt dem Käufer in die Augen lacht, aber auch nur von besonders eingerichteten Obstzüchtern hergestellt werden kann. Es kommt aber dem ausländischen Massenobst dennoch gleich und übertrifft es bestimmt hinsichtlich des Geschmacks. Man vergleiche einmal eine schwäbische Goldparmäne im Geschmack mit einem schön polierten australischen Apfel! Ohne Lokalpatriotismus wird man das heimische Aroma bewundern und vorziehen.

Die Mostherstellung spielt im schwäbischen Haushalt eine große Rolle. Wenn der Bauer vollausgereiftes Mostobst verkauft, hat der Käufer die Garantie, aus 6 Zentnern Obst einen Eimer (300 Liter) guten, kräftigen Mostes zu bekommen. Vergißt man dann nicht, dem frisch gekelterten Obstsaft einen Zusatz von Reinhefe und bei Säuremangel von Milchsäure zu geben, so bekommt man einen reintönigen, gesunden Most, der weder schwarz noch zäh wird. Nötig ist es dann noch, daß der Obstmost nach der Klärung von der Hefe abgelassen wird, weil die Hefe nach der Gärung vom Moste zehrt und ihn schwächer macht, nicht, wie vielfach angenommen wird, ihm die Kraft erhält.

Vielfach wird wegen der Trockenheit des Sommers der Obstertrag bescheiden sein. Um so mehr wird es die städtische Hausfrau zu würdigen wissen, wenn sie von ihrem bäuerlichen Lieferanten gut sortiertes und schön ausgereiftes Obst bekommt, das ihr — sei es in der Obstschale oder im Mostkrug — den ganzen Winter hindurch Freude macht.

Der Jüngling im Feuerofen

Roman von Heinz Steguweit

Copyright 1932 by Albert Langen, München / Printed in Germany

33. Fortsetzung.

Ich kam nicht bis ins Dorf. Im Hof stand schon der neue Ortskommandant, den ich sofort wiedererkannte: Es war derselbe, der mir vor Jahren zu meiner Kellerwohnung verholfen hatte. Ein Zeitgenosse mit Anstand.

„Sie müssen fort, Err Immerodd, schnell fort, sonst so . . .!"

Er kreuzte die Hände übereinander. Ich sollte in Ketten gelegt werden. Nein, hier war meine Heimat zu Ende. Niemand durfte sich um mich kümmern, weil das gefährlich war. Einer nur wagte es, zu später Abendstunde in den Keller zu schleichen: Eva Ankers, die unselige Witwe! Ich hatte sie seit Adams Tod nicht mehr sprechen wollen. Aus Mißtrauen. Und jetzt stand sie da, blühend wie ein Apfelbaum, mit einem Koffer in der Hand und einem Brief im Brusttuch.

„Wie geht's denn, Eva?"

„Nix frage, gell, mei Zeit is knapp. Hier habt ihr Esse für die Reis' und da noch'n Brief von de Mostheimer Schiffer. Gut fortlecke, daß keiner die Handschrift sehe tut. Die Franzose warte schon an der Pont, sie wolle dich schnappe, gell. Geh nit do 'nunter, verstehst? — Mariandjo, un das is euer Kind? Gucke, gib Händche der Tant, ei — —!"

Schon stutzte sie, fuhr dem Knirps übers Blondhaar, sah ihm zögernd ins Gesicht. Und schüttelte den Kopf: „Ich weiß nit, was die Leut all schwätze, der Sebastian is dir so ähnlich, so richtig ähnlich. Die Aeugelche un die Grübche am Mund — — so ähnlich — —!"

„Was schwätzen denn die Leute, Eva?"

„Nu so, was se schwätze, wann se Zeit habbe. Sie sage halt, der Jung sei von 'nem andern!"

Da kam Maria in den Keller, wurde blaß, blieb an der Treppe stehen: „Eva, du —?"

Die Wirtin vom „Goldenen Anker" reichte die Hand: „Nix frage, Maria. Was mein Mann schuldig war, soll vergesse sein, gell. Wir mache all mal Dummheite. Laß ruhe, was ruhe tut, wer maa alte Wunde scho uffkratze. Mei Adam war kein schlechter Kerl. Nu wolle wir Abschied nehme. Vergeßt mich nit, gell, ihr tut's nit, ich hab auch mei Krämche zu trage!"

Da kamen der üppigen Eva die Tränen. Sie war schon eine gutmütige Frau. Daß sie ihren toten Mann in Schutz nahm, gefiel mir über alle Maßen. Also gab ich ihr die Hand zum Abschied, und sie drückte mir die Knöchel klamm vor Herzweh. Maria umarmte sie noch wie eine Freundin, und der kleine Sebastian mußte sich ein Geschmetter von Küssen gefallen lassen.

Nun waren wir wieder allein. Die Kerzen auf dem Rand des Kronleuchters flackerten ahnungslos wie im Christbaum. Wie stolz war ich auf diesen Besitz gewesen, jetzt gehörte er mir nicht mehr.

„Was macht unser Hausherr, Maria?"

„Der Pfarrer von Bacharach hat ihn eben versehen. Ich glaube, der arme Wendland stirbt noch in der Nacht!"

Wir öffneten Eva Ankers Koffer: Konservenbüchsen, Butter, Schwarzbrot, Mettwürste und ein halber Edamer. Dazu drei Flaschen Milch fürs Kind.

Auf dem Bett lag der geheimnisvolle Brief. Ich riß ihn auf: „Früh um 6 Uhr am Werth sein. Kommt ein Warschauer mit Kahn, wird euch auf ein Floß bringen!"

„Maria, morgen machen wir eine Rheinreise!"

„Zu meiner Mutter?"

„Ich weiß es noch nicht!"

„Doch, doch — zu meiner Mutter!"

Ueber uns ein dumpfer Stoß, daß die Scheiben schütterten. Wir rannten hinauf, kamen in Papa Wendlands Schlafzimmer. Da lag er neben dem Bett. Ich befühlte seinen Kopf: Eiskalt! Und tastete nach dem Puls: Nichts!

Pankraz Wendland war tot. Wir hoben ihn ins Bett zurück, schlossen ihm die stieren Augen, falteten seine Hände, legten frisches Leinen auf den schrumpfenden Leib. Wer mochte ihn begraben? Wendland hatte keine Kinder mehr, keine Geschwister. Und wir Ausgewiesenen mußten ihn, die eigne Haut zu retten, in dieser muffigen Kammer liegen lassen. Maria öffnete die Obersenster, zündete eine Sterbekerze an. Dann knieten wir an der Bahre nieder: Mein Herz ist geängstigt in mir und die Furcht des Todes ist über uns gekommen!

Keine Glocken würden läuten, kein Nachbar würde Blumen bringen. Was hatten wir dem Einsamen alles zu danken — —! Da war ein Veteran des Gütigen und Menschlichen gefallen.

„Komm, Maria, wir müssen packen, es geht auf Mitternacht an!"

Dieses Geschluchze meiner Frau. Welchen Zweck sollte es haben. Davon konnte man freilich krank werden. Ich hatte gelernt, die Nachbarschaft des Todes zu ertragen, Maria aber schrie die Wände zusammen, so daß auch Sebastian krähte und Boche jämmerlich im Körbchen klässte. Wenn dieser Tumult nur nicht alles verdarb, wo die Offiziere scharf waren, wie witternde Wölfe — —!

Unterdessen packte ich die Bündel, alles wurde reisefertig an die Tür gestellt: Ein Ballen voll Kleider und Wäsche, ein Korb mit Blechgeschirr, ein Klappstuhl und eine Pfanne. Ich hatte unterm Gerümpel auch meinen Ehrenbürgerbrief gefunden, den ich jetzt zum Andenken an die Tür nagelte. Schmücke dein Heim. Alles andre mußten wir im Stich lassen, auf einem Floß war kein Raum für Kommoden und Porzellantöpfe. Welcher Kampf, bis Maria das einsehen wollte. Eine Flucht war doch keine Völkerwanderung, der Kahn eines Warschauers kein Möbelwagen.

Da wir Abschied nahmen, wußten wir erst, was uns lieb geworden war: jeder Riß in der Decke, jede Klammer in der Wand, jeder Sprung in der Fensterscheibe.

Ich zog Rock und Weste aus, um mich noch einmal mit dem weichen Pumpenwasser aus Mostheim zu waschen. Da ich das Hemd an Hals und Armen umrollte, sah mir Maria auf den Rücken: „Du bist schwarz unterm Nacken, Manes?"

„Blut, Maria. Schorf von Messerstichen!"

Ich hatte schon meine Wunde vergessen. Meine Frau aber küßte mich und bat um Verzeihung, weil sie schwach gewesen sei.

Was hatte ich schon zu verzeihen? Die mütterliche Dulderin war mir lieber als ein modernes Kraftweib.

Schlag halb sechs flohen wir. Immer an den Häusern entlang. Wie Spitzbuben. Maria trug den Freßkoffer und das Kind, ich selber patschte von einer Pfütze in die andre, weil ich vor lauter Ballast nichts sehen konnte. Was sollte nur aus Boche werden, der freudig an jedem Baum pißte, weil ihm die frische Morgenluft gefiel? Ich konnte den Köter doch nicht aufs Floß nehmen. Mein Herz war schon schwer. Und Boche trappelte so vergnügt hinter uns her, als könne er sich auf seine Leute unbedingt verlassen.

Der Himmel war noch finster, jedes Gebüsch sah wie lauernde Franzosen aus, in jedem Tümpel badete ein Stern. Und dann die Möven, die der Hunger wieder hierhergetrieben hatte. Krähend segelten sie über unsren Köpfen, es mußte kalt sein auf der Nordsee.

Bald standen wir am Werth. Zehn Minuten vor sechs. Kein Warschauer in Sicht, solche Herolde waren nie pünktlich. Wie wollte der uns aufs Floß bringen, wenn er eine volle Stunde vorausrudern mußte?

Boch schlug an. Der Hund hatte immer gute Witterung: über die Landstraße kam ein Poilu. Ich sah genauer hin: ein Offizier mit Gamaschen und Reitpeitsche. Wenn der nur nicht . . .

Schon sprang er vom Deich in die Uferwiese, warf eine Zigarette fort, daß die Funken sprühten, kam spornstreichs auf uns zu. Das war ja — —, das war ja der jüngste Leutnant, der seit vier Jahren schon so etwas wie Takt hatte. Er grüßte soldatisch und fragte mich stückweise, ob ich noch fähig sei, einem Franzosen die Hand zu geben — — —

Ich gab sie ihm und dachte halt dies: Irgendwie zehrt in uns eine Sehnsucht nach den den Aeckern, die mit uns gegeißelt wurden. Was sollte ich dem Leutnant noch sagen? Er war verlegen wie ich: „Wissen Sie, der Friede weht um alle Häuser, ihr aber haltet krampfhaft die Türen und Fenster zu. Ihr seid das große Sperrfeuer!"

Er verstand mich nicht. Und ich war so stolz auf meinen Satz. Also mußte ich den Außenseiter ziehen lassen, ohne meinen Händedruck gerechtfertigt zu haben.

(Fortsetzung folgt).

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Württemberg

Eine unbekannte Paddlerin ertrunken

Stuttgart, 27. September.

Beim Paddelbootfahren auf dem Neckar ertrank am 25. September, abends, bei der Gaisburger Brücke ein Mädchen dadurch, daß das Boot kenterte und das Mädchen und der Eigentümer des Bootes in den Neckar stürzten. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden, auch steht die Person der Ertrunkenen noch nicht fest. Sie ist etwa 20 Jahre alt, etwa 1,65 Meter groß, kräftig, hat blonde Haare, gesunde Gesichtsfarbe, trug blauen Mantel und war ohne Hut. Nach ihren Angaben heißt sie „Liesel" und ist ein zurzeit erwerbsloses Dienstmädchen aus Calw.

Nebentätigkeit der Beamten

Stuttgart, 27. September.

Das Staatsministerium hat ein Gesetz und eine Verordnung beschlossen, durch die die Bestimmungen über die Gebühren für die Genehmigung der Nebentätigkeit der Beamten (Nr. 10c des Gebührenverzeichnisses zur Landesgebührenordnung und § 40 der Vollzugsverordnung zur Landesgebührenordnung) den neuen reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Nebentätigkeit der Beamten angepaßt, insbesondere auch auf andere als Staatsbeamte ausgedehnt werden. Gesetz und Verordnung werden demnächst im Regierungsblatt erscheinen.

Neuer Sturmbannführer in Tübingen

Tübingen, 27. Sept. Laut Standartenbefehl ist der Obertruppführer Kohler Hauptmann a. D., mit der Führung des Sturmbann I/125 beauftragt worden. Seit dem Tode des Sturmbannführers Körbling lag die Arbeit des Sturmbanns in den Händen des Adjutanten Obertruppführer Heinz Spieß. Der neue Sturmbannführer Hauptmann Kohler wurde in Stuttgart geboren. 1903 trat er in das Regiment 121 Alt-Württemberg ein. Mit dem ersten Reserveregiment 121 rückte er ins Feld und wurde dort bald Kompagnieführer. Zweimal wurde er bei Arras verwundet. Das Eiserne Kreuz 1. und 2. Kl. wie die goldene württ. Verdienstmedaille wurde ihm verliehen.

Imnau in Hohenz., 27. Sept. (Kleiner Obstdieb schlägt altem Mann den Oberschenkel ab.) Der 72jährige Lokomotivführer a. D. Schühle in Bad Imnau ertappte einen Jungen auf einem Obstbaum und hat den Burschen zurechtgewiesen. Dieser versetzte dem alten Mann einen Schlag mit dem Erfolg, daß diesem der linke Oberschenkel gebrochen worden ist.

Mehrstetten, OA. Münsingen, 27. Sept. (Zusammenstoß.) Ein SA.-Mann von Hundersingen stieß an der Kurve beim Bahnhof Mehrstetten mit einem Hitlerjungen, der ebenfalls auf dem Rad daherkam, so unglücklich zusammen, daß beide ernstlich verletzt wurden.

Schramberg, 27. Sept. (In Schutzhaft.) Der verheiratete Metalldrücker Andreas Ketterer hat in einer hiesigen Wirtschaft verächtliche Aeußerungen über die Regierung gemacht. Er wurde deswegen in Schutzhaft genommen.

Eine gerechte Strafe

Kirchentellinsfurt, OA. Tübingen, 27. Sept. Eine gesunde Lektion in Gestalt einer Tracht Prügel erhielten am Sonntag nachmittag drei 18jährige Burschen von hier durch Angehörige des Motorsturms Reutlingen. Der Motorsturm kam von einer Ausfahrt das Neckartal herauf, am Sportplatz standen die Burschen und grüßten die Sturmfahne durch Erheben des Armes und mit einem höhnischen Lachen. Der Sturmführer ließ halten, zwei der Burschen ergriffen die Flucht. Sie wurden aber im Neckartal von den SA.-Leuten eingeholt und für ihr unüberlegtes Handeln mit einer gesalzenen Tracht Prügel bestraft. Sie werden jedenfalls das nächste Mal wissen, wie sie sich beim Grüßen einer Fahne zu verhalten haben.

Ehrung des Ministerpräsidenten

Zwiefalten, 27. Sept. Der Gemeinderat Zwiefalten OA. Münsingen hat einstimmig beschlossen, dem Herrn Ministerpräsidenten und Kultminister in Anerkennung und Würdigung seiner großen Verdienste um die nationale Erhebung des Schwabenvolkes das Ehrenbürgerrecht zu verleihen.

Oberstetten, OA. Biberach, 27. Sept. (Großes Schadenfeuer.) Am Dienstag früh um ½4 Uhr ertönte Feueralarm. Der Stadel des Gastwirts Kaiser stand in Flammen. Sofort wurde die Motorspritze von Ochsenhausen zu Hilfe gerufen. Die übervoll mit Frucht und Futter gefüllte Scheuer, die eine ungefähre Länge von 20 Meter hat und eine Breite von 10 Meter, brannte bis auf den Grund nieder. Das Vieh konnte gerettet werden. Der Stadel steht jetzt ungefähr 40 Jahre. Der Besitzer erleidet einen großen Schaden, da die Erntevorräte von diesem Jahre vollständig verbrannt sind. 6 Stunden nach Ausbruch des Brandes hatte die Feuerwehr noch vollauf zu tun, da immer und immer wieder an einer anderen Stelle die Flammen hochzüngelten. Die Brandursache ist noch nicht bekannt

Aus Stadt und Land

Nagold, den 28. September 1933.

Niemand ist frei, der nicht über sich selbst Herr ist.

Flaggen zum 86. Geburtstag des Reichspräsidenten

Am 86. Geburtstag des Herrn Reichspräsidenten Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, dem 2. Oktober 1933, werden auf dessen Wunsch keine amtlichen Feiern veranstaltet werden. Nach Anordnung des Staatsministeriums sind jedoch die öffentlichen Gebäude zu beflaggen. An die Bevölkerung von ganz Württemberg ergeht die Aufforderung, sich an dieser Beflaggung in möglichst weitem Umfang zu beteiligen.

Aus vergangenen Zeiten

Vor 50 Jahren (1883).

Zur Renovierung der Remigiuskapelle wird eine Versammlung veranstaltet.

Die Seminarlehrer Finckh und Kieser wurden von der Museumsgesellschaft, anläßlich ihres Weggangs verabschiedet.

Die Nagolder Fischwasserpächter-Gesellschaft in Altensteig, hatte das Glück, neben reichen Forellenzügen 6 Fischottern im Laufe des Sommer einzufangen. Drei der eingefangenen Tiere wurden im Gasthaus zur Linde verzehrt.

Die Kirche in Spielberg wurde einer gründlichen Erneuerung unterzogen.

Aus Rottenburg wird gemeldet, daß über die Zeit der Hopfenernte dort, nach amtlicher Feststellung 1307 männliche und 2547 weibliche Personen, also zusammen 3854 beschäftigt waren.

Die Biertrinker haben vor 50 Jahren auch schon herbe Enttäuschungen erleben müssen.

Ein Bericht besagt: „Einem schlecht angewandten Mäßigkeitsprinzip folgend, sind verschiedene Wirte auf die Idee geraten, bei Verabreichung des beliebten Gerstensaftes jetzt 4/10, statt wie seither 5/10, zu verabreichen und damit eine nicht unwesentliche Schädigung der Gäste herbeizuführen, da der Preis derselbe geblieben ist".

Die Einführung der Gasbeleuchtung in den Eisenbahnwagen wird von der Württ. Eisenbahnverwaltung erwogen.

Vor 25 Jahren (1908).

Zeichenoberlehrer am Seminar Fout nimmt nach 7jähriger Tätigkeit Abschied von Nagold. (Er ist, wie wir dieser Tage erst berichtet haben, jetzt in den Ruhestand getreten).

An das Fernsprechnetz Emmingen wurde die Firma Martin Renz, Kleinganstalt und Samenhandlung, gegründet 1823, angeschlossen.

In Ebhausen wurde an Stelle der alten Holzbrücke eine Eisenbetonbrücke erbaut.

Pfarrverweser Adolf Lempp in Darmsheim wurde die Pfarrstelle in Sulz übertragen.

Das Bahnhofrestaurant in Altensteig ging um den Preis von 59 000 Mark an den Oberkellner Bäßler, Sohn des Schneidermeisters und Gemeinderats Bäßler über.

Ein Sturm richtete an den Hopfenanlagen in Horb großen Schaden an. Tausende von Stangen wurden zu Boden gerissen und durch deren Sturz eine Unmenge Zweige mit Hopfen abgeschlagen.

Die Talerstücke werden mit Wirkung vom 30. September außer Kurs gesetzt.

Tonfilmtheater

Ab heute ist Max Schmelings Kampf und Sieg gegen Young Stribling um die Weltmeisterschaft zu sehen. Dazu noch der überaus lustige Tonfilm „Seitensprünge".

NSDAP.-Abend

Gültlingen. Am letzten Freitag hielt der Stützpunkt Gültlingen eine Versammlung mit Kreisleiter Lang-Nagold ab. Der Redner ging aus von der entsetzlichen Zersplitterung Deutschlands vor der Revolution. Die vielen Parteien waren ein äußeres Zeichen der gegeneinander kämpfenden Standes- und Berufsinteressen, ohne daß man bedachte, daß das Wohl des Einzelnen durch die Gesundheit des ganzen Volkskörpers bedingt ist. Es ist das Werk Hitlers und seiner Bewegung, daß dieser Wille zur Einheit wieder erwachte. Aber der äußere Abschluß der Revolution darf nicht zum Nachlassen im Kampfe führen. Er geht weiter, bis das ganze Leben unseres Volkes vom Nationalsozialismus aus bestimmt wird. — Der Redner streifte dabei die sogen. Auch-Nationalen, an deren gutem Willen, sich nach außen für ihr Deutschland einzusetzen, vielfach nicht zu zweifeln ist. Wer sich aber zu Deutschland bekennt, muß mitverantwortlicher Bruder der deutschen Menschen aller Schichten sein. Beim Winterhilfswerk wird jeder seinen Nationalsozialismus beweisen können, indem er unter persönlichem Opfer etwas für seine notleidenden Volksgenossen spendet. — Im Anschluß an die Ausführungen des Kreisleiters wies Pfarrer Hesler auf die stillschweigende Opferwilligkeit hin, mit der Gültlingen seit dem Krieg mehrmals in jedem Jahr das Kriegererholungsheim Waldeck und verschiedene andere Anstalten betreut. Dann machte er den Vorschlag, da bei kräftiger Unterstützung des Winterhilfswerkes nach Hitlers Worten keiner Not leiden dürfe, niemand solle mehr einem Bettler Geld geben, sondern diese sich mit der Zeit summierenden Beträge statt deen an die Winterhilfe abliefern. So sei man sicher vor Mißbrauch des Geldes. — Hierauf zeigte der Kreisfunkwart einen Film vom 1. Mai, dem Tag des schaffenden Deutschlands, in Berlin. Mit dem Wunsch des Stützpunktleiters, die Worte der Sprecher mögen auf fruchtbaren Boden gefallen sein, und dem Horst-Wessel-Lied, schloß die gutbesuchte Versammlung.

Ergebnis des Winterhilfswerks.

Mötzingen. Die Zeichnung für das Winterhilfswerk wurde am heutigen Tage zu Ende geführt. Ortsvorsteher und Ortsgeistlicher haben sich zusammen mit dem Ortsbauernführer für die gute Sache eingesetzt und so kam folgendes schöne Ergebnis zustande: 45,75 Ztr. Frucht, 106,50 Ztr. Kartoffeln, 55 Pfd. Erbsen, 4 Paar Socken, 2 fertige Herrenhemden, 5 Meter Flanellstoff und 54 Mark bares Geld.

Freudenstadt, 27. Sept. (Bestrafter Tierquäler.) Ein Viehhändler, der vor einiger Zeit in der Murgtalstraße in Freudenstadt dermaßen auf eine Kuhe einschlug, daß dem Tier die Augenlider zuschwollen, beide Augen tränten, der Kopf blutete und viele Stellen an den Vorderfüßen blutunterlaufen waren, war wegen dieser Roheit zu 7 Tagen Gefängnis verurteilt worden, wogegen der Viehhändler Berufung einlegte. In der gestrigen Berufungsverhandlung wurde er nun zu 70 Mark Geldstrafe verurteilt.

Ausgehobene Kommunisten.

Neuenbürg. Am letzten Sonntag nachmittag wurden in einem Weinberghäuschen auf Dietlinger Markung vier ehemalige Angehörige der kommunistischen Partei bei einer Zusammenkunft überrascht und festgenommen. Es handelt sich um 4 Bezirksangehörige, wovon einer bereits früher schon bei anderer Gelegenheit die Bekanntschaft mit dem Heuberg gemacht hatte. Die Festnahmen erfolgten durch die Pforzheimer Kriminalpolizei sowie Schupo im Zusammenwirken mit württ. Landjägerbeamten.

Letzte Nachrichten

Gegen Lügenmeldungen

Berlin, 27. Sept. Wie die NSK meldet, gibt der Stellvertreter des Führers bekannt: In einigen Teilen des Auslandes hat sich die gegen Deutschland gerichtete Propaganda neuerdings der unwahren Behauptung bemächtigt, die NSDAP. erstrebe auf weitere Sicht die Einverleibung von Teilen der Schweiz, Hollands, Belgiens, Dänemarks usw. So unsinnig die Unterstellung ist, so findet sie nichtsdestoweniger hier und da Glauben. Die Reichsleitung legt daher Wert auf die Feststellung, daß kein ernsthafter Mensch in Deutschland daran denkt, die Unabhängigkeit anderer Staaten auch nur anzutasten.

Der Stellvertreter des Führers

Berlin, 26. Sept. Der Führer erläßt laut NSK folgende Anordnung: „Pg. Rudolf Heß lehnt die Titel eines Reichsleiters und eines Obergruppenführers ab und führt nur noch künftig den Titel „Stellvertreter des Führers." Er behält das Recht, den Dienstanzug eines Obergruppenführers zu tragen."

Reichstagung der Beamtenabteilung der NSDAP

München, 26. Sept. (Eigene Meldung). Zum 5. Male trafen die Gaubeamtenabteilungsleiter und Reichsfachschaftsleiter der Beamtenabteilung der NSDAP zu einer Reichstagung zusammen. Im Mittelpunkt der Besprechungen standen zwei Referate des Leiters der Beamtenabteilung der Reichsleitung, Hermann Neef, und des Stabsleiters Reusch, die alle mit dem Organisationsleben und der Beamtenpolitik zusammenhängenden Probleme bis ins letzte erörterten. Die Tagung fand ihren Abschluß mit der Absendung eines Treuetelegramms an den Führer.

Anordnungen der NSDAP.

Verbot von Sammlungen für die NSDAP.

Anordnung des Reichsschatzmeisters

München, 27. Sept. Der Reichsschatzmeister der NSDAP., Schwarz, erläßt im Einvernehmen mit dem Führer folgende Anordnung:

Um dem Winterhilfswerk 1933/34 für das deutsche Volk vollen Erfolg zu sichern, werden 1. mit sofortiger Wirkung sämtliche Geld- und Naturaliensammlungen durch Dienststellen der NSDAP. bzw. sämtliche Unterorganisationen und Formationen verboten. 2. Die Werbung von Fördernden Mitgliedern zugunsten der SS. ist bis auf weiteres einzustellen. Lediglich die NS.-Volkswohlfahrt e. V., die die Fürsorge für sämtliche armen und bedürftigen Parteigenossen übernimmt, hat das Recht, sowohl Geldsammlungen als auch Naturaliensammlungen gemäß den ihr gestellten Aufgaben durchzuführen. Die Gau- und Ortsgruppenleiter sind für die Durchführung des Verbotes der Reichsleitung verantwortlich.

An sämtliche Ortsausschüsse für den „Tag der Ernte".

1. **Sämtliche Erntewagen aus den Gemeinden des Kreises (Oberamts) Nagold müssen am Sonntagnachmittag 2.45 Uhr zum offiziellen Empfang an dem betreffenden Ortseingang in Nagold sein.**
2. **Ausgenommen davon sind nur die Gemeinden Altensteig-Dorf, Beuren, Ettmannsweiler, Fünfbronn, Garrweiler, Simmersfeld und Ueberberg, die ihre Erntewagen nach Altensteig-Stadt zu bringen haben. Diese Gemeinden haben trotzdem ihre Abordnungen zu der am Sonntag nachmittag 3 Uhr in Nagold stattfindenden Feier zu entsenden.**

Kreisleitung der N.S.D.A.P. **Kreisbauernführer: Kalmbach.**

B. d. M.

Die Mitwirkenden beim Webertanz sind heute abend pünktlich ½8 Uhr im Löwen.

R. Baumann.

J. V. Walddorf!

Befehl!

Dienst: Samstag, 3.30 Uhr beim Rathaus. Bei schlechtem Wetter in der Schule. Holzäulen mitbringen. — Bis 29. September werden mir die Monatsbeiträge vom September abgeliefert. Heil Hitler! H. Fink, Standortf.

Der finnische Konsul in Frankfurt am Main ertrunken

Frankfurt a. M., 26. Sept. Der finnische Konsul Dr. Kaiser ist auf einer Paddelbootfahrt, die er von Frankfurt aus nach dem Rhein unternommen hat, vor dem Duisburger Hafen gekentert und ertrunken. Die Leiche wurde bei Xanten geländet, während das Boot von der Strompolizei in der Nähe von Emmerich aufgefunden wurde. Dr. Kaiser war Rechtsanwalt und Notar und insbesondere Syndikus großer Gesellschaften. Außerdem hatte er eine große Strafpraxis.

Berlin, 27. Sept. Die Pressestelle des Reichsbauernführers teilt mit: Staatsrat Meinberg, der Reichsobmann des Reichsnährstandes, ist am Mittwoch in besonderem Auftrage des Reichsernährungsministers Darré nach Ostpreußen gefahren, um sich persönlich von der Notlage der Landwirtschaft in der Grenzprovinz zu unterrichten.

Erste deutsche evangelische Nationalsynode

Abschluß der kirchlichen Verfassung

Wittenberg, 27. Sept. Wittenberg, die Hochburg und der symbolische Ort des Protestantismus, erlebte Mittwoch den Tag, der in seiner großen Geschichte zweifellos einen Höhepunkt darstellen wird. An diesem Tage wird das Werk gekrönt, das Luther vorgeschwebt hat und das am Widerstand Kaiser Karl V. und der damaligen Verquickung von Staat und Kirche scheiterte, das aber auch seinen Epigonen trotz aller Versuche nicht gelang. — An diesem Tage wird der jahrhunderte alte Wunsch erfüllt: die Schaffung einer deutschen Nationalkirche.

An Versuchen hat es von Anbeginn der deutschen evangelischen Kirche nicht gefehlt. Die Lutherstadt hat noch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die beiden ersten evangelischen Kirchentage erlebt. Sie hat vor zehn Jahren die Gründung des deutschen evangelischen Kirchenbundes gesehen, aber diese Einigungen waren formaler Natur, ein Bund, in dem die 28 Landeskirchen ein Eigenleben führten.

Erst mit der durch Adolf Hitler geschaffenen inneren Einigung Deutschlands erhielten die Bestrebungen zur Bildung einer deutschen Nationalkirche neuen Auftrieb. Das große kirchliche Verfassungswerk hat nun durch die höchste Vertretung der gesamten deutschen evangelischen Kirche, die Nationalsynode, und die Berufung des ersten deutschen evangelischen Reichsbischofs seinen Abschluß gefunden.

Wie am Luthertag war die Feststadt in ein Meer von Fahnen getaucht. Schon am Vormittag war die Kollegienstraße, die Hauptstraße Wittenbergs, von flutendem Leben erfüllt. Jeder Zug brachte neue Gäste. Im „Goldenen Adler", dem Hauptquartier der Deutschen Christen, herrschte ein dauerndes Kommen und Gehen. Die spät Angekommenen hatten Mühe, noch ein Quartier zu finden. Der Festtag selbst war von schönstem Sonnenschein übergossen. In den frühen Morgenstunden formierte sich ein feierlicher Zug, bestehend aus der SA., SS., Stahlhelm, Hitlerjugend, den Verbänden und Innungen Wittenbergs mit ihren Fahnen und endlich auch dem ersten deutschen Theologensturm aus Augustusburg, der am Vortage mit Autobussen eingetroffen war. Der Marsch ging durch die Kollegienstraße zum „Goldenen Adler". Dort schlossen sich der Landesbischof Müller, die Synode und die Ehrengäste an. Die Straße war Kopf an Kopf von Schaulustigen besetzt, die die Vertreter der Regierung und der Kirche mit erhobener Rechten begrüßten. Der Zug begab sich in die Schloßkirche zu einem feierlichen Gottesdienst, bei dem der württembergische Landesbischof D. Wurm die Predigt hielt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Ludwig Müller erster lutherischer Reichsbischof

Um 6 Uhr nachmittags wurde die öffentliche Tagung der Nationalsynode mit feierlichem Orgelspiel wieder aufgenommen. Die Stadtpfarrkirche war außerordentlich stark besetzt. Den Vorsitz übernahm Professor Fezer. Während sich alle Anwesenden von ihren Plätzen erhoben, teilte er mit, daß von den dazu berufenen Vertretern der Landeskirche der Landesbischof Ludwig Müller als Reichsbischof der Deutschen Evangelischen Kirche vorgeschlagen worden sei. Er bat die Synode um Kundgebung ihres Willens zu diesem Vorschlag. Die Synodalen bekundeten durch die gemeinsame laute Erklärung „Ja" ihre Zustimmung zu dieser Berufung. Gegen die Berufung des Landesbischofs Ludwig Müller wandte sich keine Stimme, so daß Ludwig Müller durch einstimmige Willenserklärung der deutschen evangelischen Nationalsynode zum ersten Reichsbischof der Deutschen Evangelischen Kirche berufen ist.

Feierlicher Choralgesang setzte ein; als er verklungen war, fragte Professor Fezer den Landesbischof Ludwig Müller, ob er bereit sei, das Amt des Reichsbischofs anzunehmen und gemäß der Verfassung der Deutschen Evangelischen Landeskirche die Aufgaben und Sorgen der evangelischen Gesamtkirche Deutschlands auf sein Herz und Gewissen zu nehmen als erster lutherischer Reichsbischof der Deutschen Evangelischen Kirche.

Landesbischof Ludwig Müller antwortete: „Ja, ich will es mit Gottes Hilfe!" Der Reichsbischof sprach sodann ein Gebet, worin er die Gnade und Hilfe Gottes für sich erflehte, damit ihm die Ausführung seines hohen Amtes ermöglicht werde.

Der Reichsbischof übernahm sodann den Vorsitz der Synode und berief in das geistliche Ministerium den Landesbischof Schöffel (Hamburg) für die Lutheraner, den Seminardirektor Weber (Münster i. W.) für die Reformierten, Bischof Hossenfelder (Berlin) für die Unierten und als juristisches Mitglied Rechtsanwalt Dr. Werner (Berlin), die von ihm auf die Kirchenverfassung vereidigt wurden. Bischof Hossenfelder dankte im Namen des Deutschen Evangelischen Kirchenvolkes dem Reichsbischof und legte in dessen Namen ein Treuebekenntnis ab.

Die Kirche im neuen Staat

Reichsbischof Müller hielt dann vor der Nationalsynode eine programmatische Rede; darin führte er u. a. aus:

Der heutige Tag ist für die Geschichte der evangelischen Kirche und für die Geschichte des deutschen Volkes von größter Bedeutung. Ein alter Traum Dr. Martin Luthers, eine alte tiefe Sehnsucht deutschen evangelischen Hoffens geht in Erfüllung, weil aus Traum und Sehnsucht ein Ziel geworden ist, erkämpft und erstritten mitten in den großen Lebensentscheidungen der Nation und in enger Verbindung mit ihr.

Es war nicht so sehr der Gegensatz der evangelischen Bekenntnisgruppen, es war vielmehr das lähmende und unübersehbare Nebeneinander und Gegeneinander der großen, kleinen und kleinsten Landeskirchen, die zwar in sich manchmal herrliche Schätze bewahrten, aber in ihrer Gesamtheit nicht zu geschlossenem Einsatz kamen.

Was nun heute auf Grund der neuen Verfassung werden wird, ist kein lockerer Kirchenbund, sondern eine einheitliche Kirche, vielgestaltig in ihren Gliedern, aber einig in ihrem Grunde, in der Erkenntnis, daß die großen Aufgaben der Gegenwart gelöst werden müssen. Die neue Kirche ist reich gegliedert nach der Art der Arbeit, aber einheitlich und geschlossen in der Gesamtführung. Ein großes Erwachen ist durch unser Volk gegangen, unfaßbar für den, der die innere Verbindung zum Geschehen unserer Tage nicht finden kann, groß und herrlich für den, der selbst kämpfend diese neue Zeit mit heraufführte.

So muß auch der Glaubensbewegung Deutsche Christen besonders gedacht werden, von der der Führer anerkennend geschrieben hat: „Ihr wird trotz aller Anfeindungen die Geschichte einmal das Zeugnis ausstellen, eine der entscheidenden Taten des religiösen Lebens unseres Volkes gefühlt, gefördert und am Ende mit vollbracht zu haben." Die ganze deutsche Freiheitsbewegung mit ihrem Führer, unserem Kanzler, wird von uns empfunden als ein Geschenk Gottes, gegeben in einer Zeit der Entscheidung, wo die Feinde des Kreuzes Christi auf dem besten Wege waren, unser Volk innerlich und äußerlich völlig zu vernichten.

Gerade der Ewigkeitsauftrag der Kirche verlangt, daß wir die gegenwärtige Stunde erkennen. Ein neues Reich ist im Werden, der neue Mensch im neuen Reich will auch werden. Da darf die Kirche nicht warten, bis die Menschen zu ihr kommen, sondern die Kirche muß die Menschen suchen, und zwar die Menschen, wie sie heute nun einmal da sind. So heißt der Auftrag der Kirche, heran an das deutsche Volk mit einer befreienden, helfenden, fröhlichen Botschaft von Christus, dem Kämpfer, dem Heiland, dem Herrn. Und das ist der Ruf zu Kampf und Arbeit.

So haben wir die große Aufgabe, dieses Evangelium unserem Volke in seiner Sprache und Art zu bringen. Aus dieser Verpflichtung ist den meisten von uns das Begehren entstanden, die Verkünder des Evangeliums und die Verwalter der Kirche müßten auf deutschem Boden deutschen Blutes sein. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir als deutsche evangelische Christen mit der Gestaltung und dem Schicksal unserer Volksgemeinschaft fest und untrennbar verbunden sind; diese Volksverbundenheit empfinden wir verantwortlich als eine gottgewollte.

Aus allen bisherigen Erörterungen dürfte klar geworden sein, daß die deutsche evangelische Kirche keine gleichgültige Neutralität dem Staate gegenüber kennt. Wir wollen aber andererseits auch nicht Staatskirche sein. Was wir aber als gewaltige Aufgabe erkennen, das ist die Verantwortung gegenüber dem Staat.

Der Staat ist nicht Herr der Kirche, aber die deutsche Kirche lebt im deutschen Staat; das ist für uns eine gottgegebene Tatsache. Von diesem Gesichtspunkt aus muß die Regelung des Verhältnisses des Reiches zur evangelischen Kirche erfolgen. Dabei ist es für uns eine herzstärkende Freude, daß diesem neuen Verantwortungswillen der Kirche auch ein neuer Staat gegenübersteht, mit dem ausgesprochenen Willen, die kirchliche Arbeit zu fördern und ihr im Ganzen zur Volksgemeinschaft den Raum und die Freiheit zu gewähren, die sie braucht. Vertrauen ist die Grundlage des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche im neuen Staat. Auch zu den übrigen Kirchengemeinschaften innerhalb unseres Vaterlandes möchten wir freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Wir wünschen nicht, daß die werdende neue Volksgemeinschaft durch konfessionelle Kämpfe zerrissen wird. Gerade eine Kirche, die sich ihrer Verantwortung bewußt ist, kann ehrlich und offen zu den anderen Kirchengemeinschaften stehen.

Brachte uns das neue Reich eine neue Volkskameradschaft, soll uns die neue Kirche eine neue Kameradschaft des Glaubens und des Opfers bringen. Das Alte geht zu Ende, das Neue kommt herauf. Der kirchenpolitische Kampf ist vorbei, der Kampf um die Seele des Volkes beginnt.

Als der Reichsbischof seine Ausführungen beendet hatte, sprachen ihm die Mitglieder des geistlichen Ministeriums, die Vertreter der Reichs- und Staatsregierung und andere Ehrengäste ihre Glückwünsche aus.

In einem Schlußgebet erbat der Reichsbischof den Segen Gottes für sein verantwortungsvolles Amt, für das deutsche Volk, den Reichspräsidenten, den Kanzler und Führer. Er erbat auch den Segen für die ev. Glaubensgenossen jenseits der Reichsgrenzen sowie für alle diejenigen, die in unserem Lande leben und nicht dem evangelischen Glauben angehören, und schließlich für alle Völker der Erde, damit alles Wahre, Reine, Heilige und Große zum Siege komme und seine Wahrheit sich ausbreite. Das Gebet ging über in das Vaterunser. Der Reichsbischof schloß mit einem Segensspruch für die Gemeinde und vertagte die Synode. Mit dem Gesang des alten Reformationsliedes „Ein' feste Burg ist unser Gott" fand diese bedeutsame Tagung für die Deutsche Kirche ihren Abschluß.

Am Abend wurde dem Reichsbischof ein Fackelzug dargebracht. Vom Balkon des Rathauses begrüßte der Reichsbischof die Menge, die ihm immer wieder zujubelte. Der feierliche Gesang des alten Liedes „Ich bete an die Macht der Liebe" schloß den unvergeßlichen, historischen Tag in der Lutherstadt Wittenberg.

Markt- und Handelsberichte

Viehpreise. 27. Sept. Herrenberg: trächtige Kühe 220 bis 270, Milchkühe 285 bis 340, Kalbeln 295 bis 370, Jungvieh 84 bis 230 Mk. — Laupheim: Kälber und Boschen 100 bis 236, Kalbeln 310, Kühe 150 Mark. — Münsingen: Farren 205 bis 225, Ochsen 270 bis 380, Kühe 180 bis 285, Kalbeln 155 bis 312, Jungvieh 80 bis 145 Mark. — Murrhardt: Farren 98 bis 200, Ochsen und Stiere 70 bis 400, Kalbeln und Rinder 85 bis 390, Kühe 145 bis 310 Mark. — Nördlingen: Bullen 120 bis 360, Ochsen 200 bis 230, Stiere 95 bis 170, Kühe 145 bis 290, Kalbeln 130 bis 280, Jungvieh 55 bis 110 Mk.

Schweinepreise. 27. Sept. Backnang: Milchschweine 12 bis 17, Läufer 65 Mk. — Bühlertann: Milchschweine 10 bis 16 Mark. — Herrenberg: Milchschweine 14 bis 20, Läufer 29 bis 34 Mk. — Laupheim: Milchschweine 12 bis 17 Mk., Läufer 35 bis 36 Mk. — Münsingen: Milchschweine 13,50 bis 26 Mk. — Murrhardt: Läufer 25 bis 35, Milchschweine 10 bis 17 Mk. — Oberstenfeld: Milchschweine 11 bis 18 Mk. — Rottenburg: Milchschweine 15 bis 20 Mk. — Willmandingen: Milchschweine 12,50 bis 17,50 Mark.

Obstpreise. 27. Sept. Balingen: Mostobst 4,50 bis 6,50 Mk. — Metzingen: Tafeläpfel 12 bis 15, Tafelbirnen 15 bis 20, Mostobst 6 bis 6,40, Trauben 35, Zwetschgen 10 bis 12, Kartoffeln 3 bis 4 Mk. — Ulm: Mostäpfel 6,30 Mk. pro Zentner. — Neuenstein: Tafelobst Aepfel 6 bis 8 Mk., Tafelobst Birnen 7,90 bis 10 Mk. Mostobst Aepfel 4,50 bis 4,80 Mk., Mostobst Birnen 3,20 bis 3,40 Mk., Zwetschgen 8,50 bis 9,50 Mk. pro Zentner.

Weil der Stadt, 27. Sept. (Hopfenmarkt.) Hier wurden bis jetzt 238 Ballen Hopfen verkauft; dafür wurden 230 bis 280 Mk. erlöst.

Butter und Käse

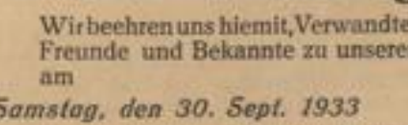
Kempten (Allgäu)		27. 9.	26. 9.
Molkereibutter, I. Qual. aus natur. Rahm	Marktlage	1.25	1.25
Molkereibutter, II. Qual. a. nicht nat. Rahm	lose	1.23	1.23
Landbutter		1.16	1.16
Weichkäse, grüne Ware	Marktlage	0.22—0.25	0.22—0.25
Rahmkäse	freundlich	1.23	1.23
Allgäuer Emmentaler, Qualität I	Marktlage	0.70—0.72	0.70—0.72
Qualität II	norm. Nachfr.	0.65—0.67	0.65—0.67
Qualität III		—	—

Preise in Reichsmark per Pfund

Devisen vom 27. Septbr. 1933

Berlin

Amtlich	27. 9. Geld	27. 9. Brief	26. 9. Geld	26. 9. Brief
Buenos Aires	0,963	0,967	0,963	0,967
Canada	2,667	2,673	2,677	2,683
Japan	0,763	0,765	0,759	0,761
London	13,02	13,06	12,96	13,02
New-York	2,752	2,758	2,732	2,738
Rio de Janeiro	0,230	0,232	0,231	0,233
Uruguay	1,399	1,401	1,399	1,401
Amsterdam-Rotterdam	169,23	169,57	169,08	169,42
Athen	2,393	2,397	2,393	2,397
Brüssel-Antwerpen	58,44	58,56	58,47	58,59
Bukarest	2,488	2,492	2,488	2,492
Budapest	—	—	—	—
Danzig	81,62	81,78	81,62	81,78
Helsingfors	5,749	5,761	5,754	5,746
Italien	22,07	22,11	22,07	22,11
Jugoslawien	5,295	5,305	5,295	5,305
Kaunas (Kowno)	41,41	41,49	41,41	41,49
Kopenhagen	58,19	58,31	57,99	58,01
Lissabon	12,68	12,70	12,66	12,70
Oslo	65,43	65,57	65,33	65,37
Paris	16,40	16,44	16,40	16,44
Prag	12,41	12,43	12,41	12,43
Riga	74,33	74,47	74,33	74,47
Schweiz	81,17	81,33	81,07	81,23
Sofia	3,047	3,053	30,47	3,053
Spanien	18,09	18,14	18,04	18,12
Stockholm-Gothenb.	67,13	67,27	66,93	67,07
Wien	48,05	48,13	48,09	48,19



Im Osten liegt Hochdruck. Unter seinem Einfluß ist für Freitag und Samstag heiteres und trockenes Wetter zu erwarten.

Gestorbene: Johann Schwenk, Schuhmachermeister, 74 J., Bad Teinach / Karl August Gaiser, Löwenwirt, 69 J., Baiersbronn / Regine Ehnis, geb. Frey, 35 Jahre, Ettmannsweiler.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Amtliche Bekanntmachung

Farrenaufkauf in Herrenberg

Gemeinden und Farrenhalter, welche auf dem am Mittwoch, den 4. Oktober ds. Js. in Herrenberg stattfindenden Zuchtviehmarkt (mit Versteigerung der prämiierten Farren) Farren ankaufen wollen, wird Herr Vet.-Rat Dr. Metzger unentgeltlich beraten. Anmeldungen bei ihm bis 2. Oktober.

Nagold, den 27. September 1933. 673

Oberamt: Baitinger.

Zur Herbstsaat:

Düngerätzkalk, hochprozentig

kohlensauren Düngerkalk

97,3 %

empfiehlt 677

R. Rauser, Kalkwerk

Nagold. Telefon SA. 339

Die

Herrenberger Oelmühle

gibt bekannt, daß von jetzt ab wieder **jeden Donnerstag und Freitag Mohn** verarbeitet wird. Erforderlich ist ein Verwertungsschein, den das Bürgermeisteramt ausstellt. Zu zahlen ist sofort bar von 1 Kilo Oel 50 ₰ Fettsteuer und von 1 Kilo Oelkuchen 5,2 ₰ Monopolabgabe, außerdem der Schlaglohn. Ob und wann die Fettsteuer wegfällt ist nirgends bekannt.

Christian Kehrer. 676

Im Rahmen der bevölkerungspolitischen Aufklärungsaktion des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda ist für den Monat September eine Aufklärungsschrift herausgegeben worden, deren oben wiedergegebenes Titelbild den im ganzen Reich verbreiteten Plakaten entspricht. Dieses kleine Heft enthält das grundlegend Wichtigste, was jeder deutsche Volksgenosse über die Fragen der Erbbiologie und Rassenpflege wissen muß. Die Tatsache, daß die Bevölkerungspolitik die lebenswichtigste und vordringlichste Zukunfts- und Existenzfrage des deutschen Volkes ist, muß jedem Deutschen zur Selbstverständlichkeit werden. Dazu dient diese Broschüre, die von der N.-S.-Volkswohlfahrt durch die örtlichen Organisationen der N. S. D. A. P. mit Hilfe der Verbände und Vereine verbreitet wird. Einzelexemplare können auch an jedem Postschalter im ganzen Deutschen Reich für 10 Pf. gekauft werden.

Tonfilm-Theater Nagold 670

Donnerstag, Freitag, Samstag 8.15 Uhr

Großes Doppelprogramm

Weltmeisterschaftskampf Max Schmeling

Kampf und Sieg gegen Stribling und das originelle Lustspiel **Seitensprünge.**

Ia junges 671

Masthammelfleisch

zu haben bei

Burkhardt, Metzgerei.

Empfehle laufend aus frischer Sendung per Auto

Ia ausgereifte, groß fallende 681

Unterländ. Mostäpfel

zum billigsten Tagespreis

Lächler

Obst und Gemüse

Kälberkuh

mit viertem Kalb, viel Milch gebend, verkauft

Merklein, Nagold

Vogelsang. 672

Ia junges 674

Hammel-Fleisch

empfiehlt

Friedrich Krauß

Metzgerei.

180 Tage Revolution

Aus dem Inhalt:

Die Außenpolitik Hitlers

Die Innenpolitik Hitlers

Die Wirtschaftspolitik Hitlers

seit dem 30. Jan. 1933

für 40 ₰ bei

G. W. Zaiser, Nagold

Frische Seefische

in schwerer Eispackung eingetroffen

Prima **Fischfilet** bratfertig

Kabeljau

frische 678

Bücklinge

Lachsheringe

LUGER Nachfolger

Suche per 1. Oktober tüchtiges, fleißiges

Mädchen

für Haus- u. kleinere Landwirtschaft, sowie ein 598

Serviertäulein

Chr. Faißt

z. „Grünen Baum"

Ettmannsweiler

Tel. Simmersfeld 9

Statt Karten!

Altbulach-Schönbronn

Hochzeitseinladung

Wir beehren uns hiemit, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Samstag, den 30. Sept. 1933

im Gasthaus z. „Hirsch" in Altbulach stattfindenden Hochzeits-Feier freundlichst einzuladen 667

Friedrich Ohngemach

Lehrer, Sohn des Jakob Ohngemach, Bauer, in Altbulach

Maria Herr

Tochter des Gottlob Herr, Bauer, in Schönbronn.

Kirchl. Trauung 1 Uhr in Altbulach

Bestellen Sie unsere Zeitung!

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Der deutsche Arbeiter

Sonderbeilage der NSBO., Gau Württemberg

Geburtsstunde einer neuen Internationale

Von Oskar Krüger

(Gesamtverband der Deutschen Arbeiter.)

Die große Rede Dr. Leys, des Führers der Deutschen Arbeitsfront, die dieser anläßlich der großen Kundgebung der Arbeitsfront in Köln gehalten hat, bildet in zunehmendem Umfang das Tagesgespräch der deutschen Arbeiterschaft in den Betrieben, und das mit Recht. Die Zukunft wird erweisen, daß diese Rede einen Wendepunkt in der Geschichte der Arbeiterbewegung nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt darstellt.

Der Führer der größten Arbeiterorganisation der Welt hat den Zusammenbruch aller bisherigen internationalen Zusammenschlüsse der Arbeiterverbände festgestellt und von einer Geburtsstunde einer neuen Internationale gesprochen, die ganz fraglos im Werden begriffen ist.

Während die von der Internationale beherrscht gewesene Tagung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, der Kongreß der Gewerkschaftsinternationale in Brüssel, die Tagung des Exekutivkomitees der politischen II. Internationale in Paris und die Tatsache des umfassenden Mitgliederverlustes aller Sektionen der Internationale in allen Ländern die Etappen bilden, in denen sich der Niederbruch des internationalen Marxismus vollzieht, **zeigt sich jenseits der Ebene von Marxismus und Reaktion auf im wesentlichen gleichartiger völkischer Grundlage der Aufstieg junggewordener Völker, die einander die Hände reichen wollen.**

Der geistige Bankrott der marxistischen Internationale ist schon seit zwei Jahrzehnten offenbar. Die utopische Idee der „Solidarität" eines imaginären „internationalen Proletariats" ist bereits 1914, beim Ausbruch des Weltkrieges, von der Wirklichkeit, von der Bildfläche heruntergefegt worden. Als dennoch, nach dem Krieg, die Wiedererrichtung der Internationale betrieben wurde, hat die Tatsache, daß die Internationale die politische und wirtschaftliche Versklavung ganzer Völker, wie sie in Versailles, St. Germain und Trianon festgelegt worden ist, nicht nur mitgemacht, sondern sogar bewußt gefördert, gewollt und unterstützt hat, der wiedererstandenen Internationale schon in ihrer neuen Geburtsstunde moralisch das Genick gebrochen.

Es ist ganz erstaunlich, wie wenig Widerstand das Novemberdeutschland dem Treiben der Internationale geleistet hat, erstaunlich, wie gerissen, wie hart und brutal die ausländischen Sozialdemokraten in der ganzen Nachkriegszeit das Instrument der Internationale gegen Deutschland haben ausnützen dürfen!

Die Ausplünderung der deutschen Arbeiterschaft durch die Versklavungsdiktate (Dawes-Diktat und Young-Diktat) wäre ja doch niemals denkbar, niemals möglich gewesen, wenn die Drahtzieher der marxistischen Internationale die Unterjochung des deutschen Arbeitertums nicht als eines ihrer erstrebenswertesten Ziele betrachtet und darnach auch praktisch ihre Politik eingestellt hätten!

Die Internationale wurde außenpolitisch zum Instrument französischer Gewaltpolitiker und ihrer Hegemonie über Europa, sie wurde wirtschaftlich zum Instrument der Abwürgung der Arbeitsstätten der deutschen Arbeiterschaft, ihre Träger wurden Kulturbolschewisten, ihr Programm wurde ein Erzeugnis geistiger Minderwertigkeit. Der Weltwirtschaftskrise stand die Internationale fassungslos und hilflos gegenüber, dem liberalistischen Kapitalismus wurde sie zum Bundesgenossen. Von internationaler „Solidarität" des „Proletariats aller Länder" war praktisch keine Rede mehr. Liberale Chauvinisten und internationale Marxisten trieben Arm in Arm Politik gegen Deutschland.

Die Sektionen der Internationale in Deutschland, die Sozialdemokratische Partei, die „freien" Gewerkschaften und die ihnen verwandten Gruppen, haben aus alledem nichts gelernt. Blind und tölpelhaft sind sie den ausländischen Drahtziehern immer wieder ins Garn gegangen. Ja, sie haben dem chauvinistischen Treiben der Internationale auch noch „geistige" Grundlagen zu geben gesucht. Während die anderen in der Praxis auf die Beschlüsse der Internationale pfiffen und die liberalistisch-kapitalistischen Versklavungsdiktate ihrer Regierungen gegen Deutschland unterstützten, **lief der „Internationalismus" der deutschen Sektionen der Internationalen letzten Endes sogar auf eine Ablehnung aller nationalen Pflichten gegenüber Land und Volk und Staat hinaus,** und wenn sie ihr „Krieg dem Kriege!" ins Land hineinschrien, so setzten sie an die Stelle von Auseinandersetzungen zwischen den Nationen den Krieg Klasse gegen Klasse. Sie zerrissen damit die Völker und machten sie unfähig, die gerade dadurch mit hervorgerufene Not und das aufsteigende Elend in einmütigem Willen zu beseitigen.

So versank eine Welt in Krise und Arbeitslosigkeit. Liberalismus, Chauvinismus und Marxismus tragen gleichermaßen die Schuld daran, und sie werden, wo diese Kräfte heute noch am Ruder sind, auch jetzt mit der Geißel der Krise nicht fertig. Ihnen fehlt die innere Geschlossenheit, die völkische Verbundenheit, der nationale Zusammenhalt, ihnen fehlt der Jungbronnen — nationalsozialistischer Zielsetzung.

Während rings um uns Krisennot und Erwerbslosenelend die Völker nach wie vor in Bann schlagen, ist das nationalsozialistische Deutschland an die Arbeit gegangen und griff dem Uebel an die Wurzel. Dr. Ley fand dafür in seiner großen Rede in Köln die so bemerkenswert einfache und doch so richtige These:

Wir haben der Politik der Unvernunft den Willen und die Politik der Vernunft entgegengesetzt.

Auf dieser Basis bietet das nationalsozialistische Deutschland dem gutwilligen Auslande die Hand. Utopische Zielsetzungen lehnen wir ab!

Wenn Dr. Ley in Köln in Anwesenheit eines Führers des italienischen Faschismus von der „Geburtsstunde einer neuen Internationale" sprach, so meinte er damit den Zusammenschluß von Völkern, die, stolz auf ihre völkische Eigenart und geschlossen in ihrem nationalen Willen, eine Politik der Vernunft zu treiben willens sind, eine Politik der Kultur und des Wiederaufbaues der Welt durch Aufrichtung der Nationen, eine Politik der gegenseitigen Achtung und Gleichberechtigung und der ehrlichen Hilfe.

Der kommende Arbeitsvertrag

Der Arbeiter als gleichwertiger Partner

Pg. Bruckner über sozialpolitische Fragen der Gegenwart

Der stellvertretende Leiter des Gesamtverbandes der deutschen Arbeiter, Pg. Brucker, hielt kürzlich einen wegweisenden Vortrag über die sozialpolitischen Fragen der Gegenwart. Beachtenswert sind vor allem die Ausführungen über die kommenden Arbeitsverträge, bei denen der Arbeiter als gleichwertiger Partner zu gelten habe.

Grundlegend wird das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber geändert werden. Sowohl in den Gesetzen als auch in der inneren Einstellung des deutschen Menschen wird die liberalistisch-marxistische Auffassung, nach der die Arbeit als Ware wie diese gehandelt werden kann, endgültig verschwinden. Der Unternehmer wird die oft verlangte Freiheit des schöpferischen Unternehmertums erhalten — restlos! Zugleich aber erhält er die volle uneingeschränkte völkische Verantwortung für die ihm in der Wirtschaft anvertrauten deutschen Arbeitsbrüder. Man wird den deutschen Unternehmer nicht fragen, wie hoch durch seine Tätigkeit sein Bankkonto gestiegen ist; sondern man wird ihn fragen, wie er für sein Volk und für die ihm unmittelbar anvertrauten Mitarbeiter gesorgt hat.

Führung und Besitz verpflichten! Mag keiner diese Verpflichtung klein achten; der völkische Staat wird volle Rechenschaft verlangen.

Diese neue nationalsozialistische Einstellung zur Arbeit und zum Arbeitsverhältnis bedingt eine völlige Aenderung des Arbeitsvertrages.

Der Arbeitsvertrag kann nicht mehr wie bisher eine Art Kaufvertrag sein. Im Arbeitsverhältnis stehen sich künftig der Unternehmer und der Arbeiter als gleichwertige Partner gegenüber. Beide haben gegenseitig aufeinander Rücksicht zu nehmen, was beide zueinander verpflichtet. Der Unternehmer darf den Arbeitnehmer nicht mehr als Arbeitstier oder Maschine werten, er darf die ihm anvertraute Arbeitskraft nicht mehr ausnutzen und damit Raubbau an dem wertvollsten Gut des Volkstums treiben. Der Arbeiter kann sich nicht mehr als Sklave fühlen, denn er wird Mitarbeiter des Unternehmers an der gemeinsamen Arbeit. Darin liegt die Ehre des Arbeitsverhältnisses und daraus allein wird wahre Arbeitsgemeinschaft erwachsen, die der marxistische Staat auf dem Boden des Klassenkampfes nie erreichen konnte.

Es ist das tragische Schicksal des deutschen Arbeiters, daß der Marxismus zwar soziale Gesetze in unübersehbarer Fülle geschaffen hat, es aber weder fertigbrachte, dem Lebensinteresse des deutschen Volkes gerechtwerdende Arbeitsverträge zu schaffen, noch einen Kündigungsschutz zu erzielen, der den Notwendigkeiten des deutschen Arbeiters entsprach. Man brüstete sich mit Errungenschaften der November-Revolution, und muß feststellen, daß es den deutschen Arbeitern niemals schlechter ging als in den letzten 14 Jahren des marxistischen Regiments.

Die Grundlage eines glücklicheren und besseren Verhältnisses wird der kommende Arbeitsvertrag sein. Er wird aufgebaut auf der Schicksalsverbundenheit von Unternehmern und Arbeitern,

dem persönlichen gegenseitigen Treue- und Vertrauensverhältnis und

dem persönlichen Leistungsgrad beider Vertragspartner.

Aus der Schicksalsverbundenheit, die unabänderlich ist, erwächst die Pflicht zur gegenseitigen Treue im Arbeitsverhältnis. Es steht nicht mehr bei beiden Partnern das materielle Interesse am beiderseitigen Nutzen des Arbeitsvertrags im Vordergrunde, sondern es steht im Vordergrunde die Ueberzeugung beider, daß sie nicht in erster Linie für sich selbst oder für ihren Betrieb, sondern daß sie in erster Linie für unser Volk beste und treue Arbeit zu leisten verpflichtet sind.

Dieses Treuverhältnis wird sich u. a. darin äußern, daß der Arbeiter über die ihm vorgeschriebenen Pflichten und Aufgaben hinaus all sein Können einsetzen wird für Erhaltung und Ausbau seines Betriebes. Er wird selbst dafür Sorge tragen, daß Schädigungen des Betriebes verhindert werden. Die Unternehmer werden wissen, daß ihre Arbeiter Volksgenossen sind, auf die sie sich restlos verlassen können. Sie werden sich daher nicht nur kümmern um den Ertrag ihres Betriebes und um das wirtschaftliche Wohlergehen ihrer Arbeiter, sondern sie werden sich auch um die seelische und sittliche Lage ihrer Arbeiter bemühen, sie werden sich dem Volk gegenüber verantwortlich fühlen und die ihm anvertrauten Arbeitsmenschen so behandeln und erziehen, daß sie nicht nur tüchtige Arbeiter sind, sondern auch zuverlässige deutsche Staatsbürger werden.

Die Wertung des Arbeiters und damit auch seine materielle Entlohnung wird sich nach dem Grade seiner Leistungen richten.

Nicht nur das erzielte Arbeitsquantum und seine Güte, sondern auch die Treue und der Eifer, mit dem die Arbeit verrichtet wird, sind Maßstab der Wertung des deutschen Arbeiters.

Voraussetzung hierfür ist, daß weiterhin die Unsicherheit der wirtschaftlichen Existenz des im abhängigen Lohnverhältnis stehenden deutschen Volksgenossen beseitigt wird. Der Arbeitsvertrag, der selbst in den größten Werken grundsätzlich schriftlich abgeschlossen und unterschrieben wird und damit die feierliche Urkunde des eingegangenen gegenseitigen Treueverhältnisses darstellt, wird weniger Möglichkeiten einer Lösung haben dürfen. Es ist anzustreben, daß z. B. für Arbeiter, insbesondere verheiratete Arbeiter, die eine erhebliche Reihe von Jahren ununterbrochen im Betriebe waren, nur noch eine Kündigung aus wichtigem Grunde und nach vorheriger Genehmigung der Gewerbeaufsicht statthaft sein darf. Auch die Kündigungsfristen der jüngeren Arbeitnehmer müßten entsprechend verlängert werden.

Besonders und weit über das Maß hinausgehender Bestimmungen bedarf die Stillegung von Betrieben. Die Stillegung bedeutet für das Volk die Vernichtung von Arbeitsmöglichkeit. Sie darf deshalb nicht mehr in das Belieben des Unternehmers gestellt werden, sondern muß auch in Zukunft der Genehmigung und Ueberprüfung durch staatliche Organe unterliegen. Den unkündbaren Arbeitskräften stillgelegter Betriebe muß im Rahmen des Möglichen eine Rente gezahlt werden, um die Uebergangszeit bis zur Annahme einer neuen Beschäftigung sicherzustellen.

Besondere Maßnahmen müssen getroffen werden, um den älteren und vor allem verheirateten Arbeitnehmern Beschäftigungsmöglichkeiten zu sichern. Dem Unternehmer muß es zur Pflicht gemacht werden, einen bestimmten Teil seiner Arbeiter in vorgeschriebenen Altersgruppen zu beschäftigen. Es darf in Zukunft auch nicht mehr in das Belieben des Unternehmers gestellt sein, welche Arbeitskräfte er einstellt. Die Reihenfolge der einzustellenden Arbeitskräfte ist etwa folgendermaßen gesetzlich vorzuschreiben:

Früher im Betriebe Beschäftigte,
Kriegsbeschädigte,
Kriegsteilnehmer,
Verheiratete,
Ledige.

Auch die Entlassungsreihenfolge muß festgelegt sein, und zwar zuerst

der Kurzbeschäftigte, dann
der Langbeschäftigte, zuerst
der Ledige, dann
der Verheiratete, dann
der Kriegsteilnehmer, und endlich
der Kriegsbeschädigte.

Stimmen der Arbeit

Maurer

Von Walter Ossig

Alles ist Leben, das Leben muß siegen,
Auch der Steine lange Kolonnen,
Die wir zu Fundamenten fügen,
Die wir zu Pfeilern gen Himmel gesponnen,
Die in Pilastern und Kapitälen
Und in des Maßwerks zierlichen Ranken
Von deutschem Denken und Können erzählen,
Steingewordene deutsche Gedanken,
Diese Steine, kantig — rot,
Sie sind nicht tot!
Und wenn Licht und Wahrheit zu Grabe gestiegen,
Weil falsche Götter die Menschen bestechen,
Wenn die Propheten und Seher schwiegen,
Dann werden diese Steine sprechen,
Werden von Zeiten singen und sagen,
Da deutsche Sehnsucht in mächtigem Strome
Gottwärts die Seelen zum Lichte getragen
Im Säulenwalde der Gotendome,
Werden die Wege suchen und finden,
Die hinführen zu neuen Meistern,
Werden neue Fackeln entzünden,
Licht gebären und Herzen begeistern.
Und aus dem Werke steigt uns empor
Stolzer Glaube an ewiges Streben,
Und die Steine singen im Chor:
Nichts ist tot, alles ist Leben!

Auslassungen über die Sozialversicherung

Die Deutsche Arbeitsfront hat die Aufgabe erhalten, eine Prüfung darüber anzustellen, inwieweit eine Reorganisation der gesamten deutschen Sozialversicherung erreicht werden kann. Dies erfordert umfangreiche mathematische Berechnungen, die bereits in Angriff genommen worden sind und in kürzester Frist erledigt werden. Bis dahin, d. h. bis zur Fertigstellung des Gesamtplanes, haben alle Zusammenlegungen von Krankenkassen, ferner alles Umorganisieren von Krankenkassen, möglichst auch Entlassungen oder Einstellungen von Personal, theoretische Erörterungen, Vorträge über die neue Sozialversicherungsgesetzgebung, sowie das Aufsätzeschreiben hierüber zu unterbleiben. Es tauchen vielerorts Propheten auf, die ihre Weisheit verkünden, ohne daß dieselbe amtlich irgendwie nachgeprüft ist, noch überhaupt vertreten werden kann, da die ganze Angelegenheit, wie ja bereits geschildert, von der Deutschen Arbeitsfront aufgegriffen und noch nicht beendet ist. Es ist also bisher niemand in der Lage, hierüber irgendwie genauere Angaben machen zu können, und es ist Sorge dafür zu tragen, daß keine Wirrnis in die Köpfe gebracht wird.

„Kalender der Deutschen Arbeit 1934". Herausgegeben von dem Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiter, Staatsrat W. Schuhmann, M. d. R. — Verlag der Deutschen Arbeitsfront, Berlin SW. 19, Inselstraße 6a. Einzelpreis nur 50 Pfennig.

Der vom Leiter der NSBO., Walter Schuhmann, herausgegebene „Kalender der Deutschen Arbeit 1934" enthält neben einer hervorragenden Bildausstattung Aufsätze der führenden Persönlichkeiten in Politik, Presse, Sport und Propaganda. Besonders seien einige Aufsätze erwähnt, mit denen sich jeder schaffende Deutsche, ob Arbeiter, Angestellter, Unternehmer, Handwerker oder Gewerbetreibender befassen sollte. Reichsminister Dr. Goebbels schreibt über „Freiheit und Brot", Johannes Engel über „Pflichterfüllung", Reichsminister Franz Seldte befaßt sich mit der „Deutschen Arbeit", K. E. Haustein vergleicht den deutschen mit dem russischen Arbeitsmenschen. Ein Kalendarium über die im Kampf für die Bewegung Gefallenen vervollständigt das Werk und macht den Kalender zu einem unentbehrlichen Gebrauchsgegenstand.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw